

Arbeiter-Zeitung

Bestellungspreis: Inland mit Ausnahme der Grenz- und Postgebiete, Bestellschein 10 Pf., wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 3,00 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die gebogenen Millimeterzelle ober deren Raum 12 Pf., Kreis- und Bergungsanzeigen 8 Pf., Kellernpreis: Die gebogenen Millimeterzelle ober deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme u. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Spezial-Expeditionen am Tage vorher, bis spätestens 12 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlags- und Druckerei: Breslau 10, Krasnitzer Straße 50, Telefon 250 99. Verlags- und Druckerei: Breslau 64, Krasnitzer Straße 50, Telefon 250 02. Druckerei: Breslau 12-18, Montags bis Freitags von 7-12 Uhr. Druckerei: Breslau 12-18, Montags bis Freitags von 7-12 Uhr. Druckerei: Breslau 12-18, Montags bis Freitags von 7-12 Uhr. Druckerei: Breslau 12-18, Montags bis Freitags von 7-12 Uhr.

Zentrum aus der Koalition ausgeschieden Keine Demission der Reichsregierung — Verschärfter Hungertums Das Proletariat muß die Trutz-Regierung stürzen!

(Eig. Bericht.) Berlin, 7. Februar.

In der gestrigen Kabinettsitzung haben die SPD-Minister vor allem in politischer und persönlicher Bedeutung vor der zentralen Reichstagsfrage Kapituliert. Nachmals wurde von ihnen die Notwendigkeit der Großen Koalition angesichts der Lösung der Reparationsfrage und die Bereitschaft, dem Zentrum die drei geforderten Ministerstellen, vornehmlich den des Reichsjustizministers, zu gewähren, betont. Trotzdem hat das Zentrum in einer späteren Fraktionsitzung diese Vorschläge mit der Formulierung abgelehnt: „Eine Gleichzeitigkeit der Umbildung der Regierung im Reich und in Preußen lehnt die Zentrumsfraktion im Reich aus klaren, sachlichen Gründen ab.“ Darauf erklärte Stresemann für die Volkspartei, daß sie den Standpunkt des Zentrums ablehne und auf der Erfüllung ihrer Forderungen beharre. Kurz darauf hat der Reichsverkehrsminister von Güterbad endgültig demissioniert und seinen Austritt aus dem Kabinett erklärt.

Der „Vorwärts“ heulmeiert über den Rücktritt des Zentrums und bezeichnet ihn als „verantwortungslos Handlungsweise“.

In der Reichstagsfraktionsitzung der SPD, die gestern Abend noch stattfand, habe Einmütigkeit darüber bestanden, daß aus dem Rücktritt des Zentrumsministers für das Kabinett keine konkrete Gefahr bestehe und der Reichsminister und die übrigen Koalitionsminister im Amt bleiben. Die übrige Presse unterstreicht gleichfalls, daß auf alle Fälle die Regierung nicht demissionieren wird.

An dem Ausschließen des Zentrums aus der Regierung ist die Sozialdemokratie wirklich unzufrieden. Sie war zu allen Konzeptionen bereit und hatte jeden Widerstand auch gegen die personellen Wünsche der Trutzparteien aufgegeben. Gegenüber dieser restlosen Kapitulation

der SPD in allen Streitfragen ist es von geringerer Bedeutung, daß das Zentrum seinen Minister aus der Reichsregierung herausgezogen hat. Der Austritt des Zentrums ändert nichts an der Grundlinie der bisherigen Politik des Hermann-Müller-Kabinetts. Betont doch die SPD-Presse in voller Einmütigkeit mit der bürgerlichen Presse, daß angesichts der bevorstehenden Reparationsverhandlungen die Regierung im Amt bleiben muß. Dieser Hinweis auf den ausgesprochenen imperialistischen Kurs des Kabinetts bestätigt nur, daß der Kriegs- und Hungertums der Hermann-Müller-Regierung seinen Fortgang nehmen wird.

Die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter werden aus dem elenden Kuhhandel um die Ministerstellen ersehen, daß die Phrasen der „linken“ Betrüger gegen die Koalition am Kurs der SPD nicht das geringste ändern und nur den Zweck haben, ihre ehelich-gemeinte Opposition gegen den Panzerkreuzer- und Koalitionskurs der SPD aufzulösen.

Die kommunistische Partei ruft die Massen zum Sturz der Panzerkreuzer-Müller-Regierung, der Regierung des Hungers und des Krieges auf. Sammlung der Millionenmassen in der revolutionären Einheitsfront unter den Losungen der Verteidigung der Sowjetunion, des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, des außerparlamentarischen Massenkampfes um Arbeit und Brot, das ist der Weg zum Sturz der Koalitionsregierung. Sturz der Koalitionsregierung heißt aber kein Zurück zum Bürgerblock, kein Zurück zu einer Weimarer Koalition oder zu einem Kabinett der Köpfe, sondern vorwärts zur revolutionären Arbeiterregierung, zur Diktatur des Proletariats, zur Errichtung des Sozialismus!

„3 Millionen Arbeitslose“

Von Erich Steffen, Berlin

Das soziale Problem der permanenten Massenarbeitslosigkeit ist seit der Koalitionsregierung nicht aus dem Mittelpunkt der Politik verschwunden. Wenn die Reichsregierung auch versucht hat, diese Frage zu umgehen, so ist ihr das nicht gelungen.

Es ist nicht schwer, eine Erklärung dafür zu finden. Die SPD hat lange vor der Neuwahl und besonders vor dem 20. Mai immer wieder erklärt:

„Der Bürgerblock hat kein Geld für Erwerbslose, Hunger und soziale Notlage der Erwerbslosen hat die Regierung im Reichstag einen jähen Kampf geführt für eine Unter- und Arbeitslosenunterstützung, für Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auf alle Berufe und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit. Wie überall, so hat der Bürgerblock auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik versagt und die von der Sozialdemokratie angebotenen Verbesserungen verhindert. Er bewilligte Millionen für Grundbesitz, verpulvert andere Millionen für den nutzlosen Bau von Panzerkreuzern, hat aber kein Geld für die Arbeitslosen... Wer für sozialen Ausbau der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge ist, gibt seine Stimme der Sozialdemokratischen Partei.“ (Wahlflugblatt der SPD, Nr. 2.)

Damit hat die SPD die Verpflichtung übernommen, eine Sozialpolitik zu treiben im Interesse der Arbeitslosen. 1928 setzte eine Wirtschaftskrise ein, die schon darin zum Ausdruck kam, daß 1927 die Zahl der Arbeitsuchenden auf 870 000 herunterging, 1928 aber nie unter 1 150 000 sank.

Hunderttausende Arbeiter haben deswegen für die Sozialdemokratie gestimmt, weil versprochen wurde, statt Panzerkreuzer zu bauen ausreichende Unterstützung bei Arbeitslosigkeit zu geben.

Es ist Zeit, eine Bilanz zu ziehen. Von etwa 3 Millionen Arbeitslosen bekommen ungefähr 2 Millionen Hauptunterstützung, davon 800 000 bis 1 Million aber nur auf 8 Wochen, weil sie Saisonarbeitslose sind. 125 000 befinden sich in der Krisenfürsorge. Diese beträgt für mehr als 50 Prozent in der Grundunterstützung 10,80 Mark. Die übrigen sind auf die absolut ungenügende Wohlfahrtsunterstützung angewiesen, die aber nur dann gezahlt wird, wenn eine nachgewiesene Bedürftigkeit vorhanden ist. Die erhaltene Unterstützung muß später zurückgezahlt werden. In wenigen Wochen wird sich die Lage katastrophal verschlechtern, denn die Saisonarbeitslosen werden von der Sonderfürsorge übernommen. Zur Finanzierung sind 35 Millionen Mark eingelegt, diese reichen nach Angabe des Reichsarbeitsministeriums für 250 000 Arbeitslose auf 8 Wochen. Durch die Bedürftigkeitsprüfung sollen 750 000 Arbeitslose nichts erhalten.

Die Zunahme der Erwerbslosigkeit kann nur durch Arbeitsbeschaffung bekämpft werden. Ebenso notwendig ist es, für all Arbeitslose, die nicht vermittelt werden können, eine ausreichende Unterstützungsmöglichkeit zu schaffen.

Es ist zu prüfen, ob die Sozialdemokratie als Regierungspartei vor allem das Reichsarbeitsministerium, diese Aufgabe erfüllt hat.

Aber nicht nur hier, sondern auch im Vorstand und im Verwaltungsrat der Reichsanstalt haben die Gewerkschaftsverbände mit 20 eigenen sehr starke Positionen. In vielen Bezirken der Landesarbeitsämter, um nur Berlin-Brandenburg zu nennen, ist der verantwortliche Leiter ein Sozialdemokrat. Selbst in den kleinsten Arbeitsämtern befinden sich wichtige Funktionen in den Händen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Dazu kommt, daß in den Kommunen, besonders in den Wohlfahrtsämtern, verantwortliche Leute der Sozialdemokratischen Partei sitzen.

Wie wurden diese Positionen nun ausgenutzt, um Arbeit und Unterstützung zu beschaffen?

Den Klassencharakter eines Staates erkennt man am besten an seiner Stellung zur sozialen Frage. Die Regierung und der Verwaltungsrat des Staates lassen sich sehr gut danach beurteilen, wie sie das Erwerbslosenproblem behandeln.

Vergleicht man die Maßnahmen der Bürgerblockregierung mit denen der Koalitionsregierung, dann findet man einen Unterschied. Er besteht aber nur in einem viel realistischen Kurs gegen die Arbeitslosen, doppelt veranschaulicht durch die Tatsache, daß

Eine Bombe auf dem Tisch der Reichstagstribüne

Kommunisten brangern die illegalen Aufrüstungen an

Im Reichstag wurde heute die Ratifizierung des Kellogg-Paktes mit 282 gegen 127 Stimmen beschlossen. Doch keine Partei, nicht einmal die Sozialdemokraten, wagten zu diesem Beschluß Stellung zu nehmen. Der Verkauf der Reichstagsitzung brachte den Regierungsparteien ein unerwartetes Ereignis. Nachdem der Volksparteiländer v. Rheinbaben seine üblichen Friedensphrasen abgedroschen hatte, und der Sozialdemokrat Breitscheid mit seiner Rede begann und von einem freudigen Ereignis anlässlich der Ratifizierung des Kellogg-Paktes sprach, erschienen mehrere kommunistische Abgeordnete und stellten eine Handbombe neuesten Modells auf den Tisch des Hauses. Breitscheid blieb das Wort im Halse stecken. Eine allgemeine Panik entstand, Löbe versuchte ohne Erfolg für den Redner Ruhe zu verschaffen. Alles drängte zum Tisch, auf dem noch ein großes Plakat ausgelegt war mit der Aufschrift „Illegale Handbombe“, Doppelzylinder, Modell 1928, Fabrikat Bochumer Stahlwerke.“ Wieder einmal demonstrierten die Kommunisten vor der Weltöffentlichkeit die Tatsache der illegalen Aufrüstungen der deutschen Vorgezogenen. Löbe befahl seinen Dienern den Abtransport der Bombe. Die Kommunisten kamen zuvor und stellten sie in ihre Reihen. Als Breitscheid die Sprache wieder fand, schrie er voller Wut errötend in den Saal: „Die Rote Armee Russlands ist mit den modernsten Kriegswaffen ausgestattet.“ Damit wollte er ablenken von der Tatsache der illegalen Aufrüstungen unter dem Regime Müller-Groener-Stresemann. Breitscheids Konzept war verdohten. Im Augenblick einer illegal hergestellten Bombe konnte selbst dieser Völkerverdammte nicht mehr seine üblichen Friedensphrasen anbringen, sondern bestand ein, daß alle Friedensabmachungen bisher noch nicht zur Aufrüstung geführt hätten. Der Versuch, in diesem Zusammenhang Sowjetrußland Kriegsabsichten zuzuschreiben, mißlang dem sozialdemokratischen Redner vollkommen.

Die Demaskierung der sozialdemokratischen und bürgerlichen „Friedenspolitik“ war vollkommen, als Genosse Torgler die Verbeizung des Reichswehrministers Groener forderte, damit dieser zu der illegalen Aufrüstung Stellung nehme. Schützend stellten sich die Sozialdemokraten und Deutschnationalen vor Groener und seine illegalen Aufrüstungspläne, indem sie den kommunistischen Antrag ablehnten. Stresemann, der Mann der „neuen Weltepoche“, sah stumm auf der Regierungsbank, neben ihm Hermann Müller und Hilferding. Kein Regierungsvertreter ergriff das Wort. Sie beludeten damit vor aller Öffentlichkeit, daß Kellogg-Vertrag und Friedensreden identisch sind mit legaler und illegaler Kriegsvorbereitung.

Ein ables demagogisches Spiel trieben auch diesmal wieder die Deutschnationalen. Im Ausschluß waren sie für die sofortige Verabschiedung des Kellogg-Paktes. Dann prägelter sich der „estarp“-Flügel mit der Hugenberg-Richtung, und als Krallenstreck kam dabei heraus, daß die Deutschnationalen gegen den Vertrag stimmten, obwohl sie ihm, wie es in ihrer Erklärung heißt, „sympathisch gegenüberstehen“. Diese doppelte Buchführung ist einerseits der Ausdruck der Herrschensucht der Fraktion selbst und andererseits die Fortsetzung ihrer nationalistischen Wankvorstellungen vor ihren Wählern.

Genosse Stoedter, dem durch die Regierungsparteien die Redezeit auf 20 Minuten beschnitten war, ging in seiner Rede an Hand einer Fülle von Material auf die wirklichen Hintergründe des Kellogg-Paktes ein. Besonders wirkungsvoll betonte er, daß in der Einschätzung des Kellogg-Paktes zwischen der Sowjetunion und der gesamten kommunistischen Internationale nicht die geringste Differenz bestehe. Demonstrativ wies die Fraktion darauf, als Genosse Stoedter seine Rede schloß mit dem Leninischen Grundsatz: daß das Proletariat den imperialistischen Krieg bekämpfen müsse durch den Bürgerkrieg und die Aufhebung der proletarischen Diktatur.

Generalstreik in Osterschlesien beschlossen

Während des letzten Jahres und jetzt die Zahl der Erwerbslosen bedeutend höher ist als vordem.

Auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung ist nichts geschehen. Obgleich die Arbeiter den Achtstundentag verlangen und Millionen Löhnerkündigungen gefordert werden, hat der Reichsarbeitsminister immer wieder Schlichtungsversuche gemacht, die gegen die Verkürzung der Arbeitszeit sind. Dringend notwendig wäre ein Arbeitsbeschaffungsprogramm im Reich, in den Ländern, in Kommunen. Die Regierung wäre verpflichtet, schon längst eine solche Maßnahme einzuleiten.

Die Bürgerblockregierung hat das Arbeitslosenverhältnis geregelt. Es war gedacht als neue Grundlage zum Kampf gegen die Erwerbslosenunterstützung. Seit dem Januar 1928 ist die Zahl der Arbeitslosen von 24,8 Prozent auf über 45,6 Prozent gestiegen. Die Ursache liegt in der hohen Anwartschaftszeit, in der Gegenleistungsbau der Unterstützung auf 28 Wochen und der Nichtanwendung der Kranksicherung. Der Reichsarbeitsminister hat mit dem Verwaltungsrat das Recht, die Unterstützungsdauer auf 30 Wochen zu verlängern. Er wagt sich kategorisch, dem nachzukommen. Der Reichsarbeitsminister hatte das alleinige Recht, die Kranksicherung auf alle Berufsgruppen auszudehnen, die Unterstützungsdauer zu verlängern und die Bedürftigkeitsfrage neu zu regeln. Die Tatsache, daß nur wenig mehr als 100 000 Kranksicherungsgeldern und die meisten Berufsgruppen ausgeschlossen sind, hat dazu geführt, daß Hunderttausende keine Unterstützung erhalten.

Der größte politische Schlag ist aber die Verordnung für Saisonarbeiter. Die ihnen geschnittenen ausstehende 2wöchige Unterstützung wurde aufgehoben und die sechsmonatige eingeführt. Für die weitere Dauer wird ihnen im Bedürftigkeitsfalle die Kranksicherung zugesprochen. Eine Million Arbeiter wurde also unter Zustimmung der ganzen Reichstagsfraktion der SPD. um ihre durch Beitragszahlung erworbenen Rechte beraubt.

Um das Bild aber abzurunden, ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Bürgerblockregierung 1927 für die Erwerbslosen eine Winterbeihilfe beschloß, und daß die Koalitionsregierung 1928 diese ablehnte, ohne daß in irgendeiner anderen Form ein Ausgleich geschaffen wurde. Fügen wir weiter hinzu, daß in allen Kommunen keine oder nur ungenügende laufende Unterstützung und jetzt im Winter keine besondere Beihilfe gewährt wurde, so ist das Bild vollständig. Die Tatsache, daß in vielen Städten Bannmeilen geschaffen und Demonstrationen verboten verhängt wurden und Polizeiallarm auf Erwerbslose einsetzten, sind nur die Interpunktionen für die Tätigkeit der Koalitionsregierung zum Erwerbslosenproblem.

Man kann also feststellen, daß die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung und die gesamte Tätigkeit dieser Partei ein offenes Arbeiterfeindliches Gesicht trägt. Unerbittlich sind in den letzten Monaten bei den Millionen von Arbeitern die Illusionen zerstört worden, daß die Sozialdemokratie auch nur irgendwie ernsthaft den Versuch unternommen hätte, oder daß sie gar dazu in der Lage wäre, im Gegensatz zu der Bürgerblockpolitik eine soziale Tätigkeit zu entfalten.

Lohnsenkungsdiktat in der rheinischen Textilindustrie

Der Unternehmerverband der rheinischen Textilindustrie hat in den Betrieben Anschläge ausgehängt, in denen gelagt wird, daß ab 18. Februar die Löhne um 8,5 Prozent gekürzt werden. Die Textilbarone von Elberfeld-Barmen haben damit ihren angekündigten Schlag gegen die Textilarbeiter ausgeführt. Dieselben Firmen, die wie Bemberg 14 Prozent Dividende, wie die Glanzstoff-Fabrik Elberfeld mindestens 8 Prozent Dividende öffentlich bekanntgeben (unberücksichtigt die verschleierten Profite), wollen den erbärmlich niedrig bezahlten Textilarbeitern die Löhne kürzen!

Es gibt jetzt für die 55 000 rheinischen Textilarbeiter nur eine Antwort: Ausnahme des Kampfes! Der Lohnabbau muß abgewehrt und die notwendige Lohnerrhöhung erzwungen werden. Daß die Unternehmer so frech geworden sind, ist die Schuld der sozialdemokratischen Führer des Textilarbeiterverbandes, die trotz Ablehnung der Lohnsenkungen, trotzdem, daß seit Dezember in der Lohnfrage ein tarifloser Zustand bestand, jede Kampfregung abzuwürgen suchten.

III. Katowitz, 7. Februar. Am Mittwochvormittag fand in Katowitz eine Konferenz sämtlicher in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten Arbeitergewerkschaften statt, in der endgültig beschlossen wurde, den Generalstreik im osterschlesischen Bergbau in sämtlichen Kohlenrevieren am 11. Februar zu beginnen. Die endgültige Entscheidung dürfte formell erst in dem Sonntag in Katowitz stattfindenden Betriebsrätekongreß fallen,

doch ist kaum noch mit einer wesentlichen Änderung zu rechnen, vorausgesetzt, daß die Arbeitgeber nicht im letzten Moment die Forderungen der Bergarbeiterschaft anerkennen sollten. Die Betriebsräte wurden beauftragt, für Sonntagnachmittag in sämtlichen Gruben Versammlungen einzuberufen und die Streikparole bekanntzugeben.

Ein Zwischenfall im Zimmerfreiprozess

III. Berlin, 8. Februar. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde für den Angeklagten **Hahn** ein **Passivitätszeugnis** beantragt, aber den das Gericht in der Mittagspause beschließt. Bei der Vernehmung eines der nächsten Zeugen kam es zu einem Zwischenfall. Der Vorsitzende fragte den Zeugen, was er denn auf dem Wege zu dem Lokal, in das er gerufen wurde, getan habe, ob er etwa „Deutschland über alles“ geiffen habe. Bei dieser Frage rief der bereits vernommene Zimmermann **Benz** von der Zeugenbank: „**Psst!**“ Der Zeuge wurde vorgerufen und erklärte, die Zimmerleute würden hier anstehend als dumme Jungen hingestellt. Das Gericht wird über eine Ordnungsstrafe für den **Hahn** beschließen. Im übrigen betonte ein Zeuge, daß man wie **Wölfe** auf die Zimmerleute losgegangen sei. Weiter wurde eine **Reinigung** vernommen, die davon wissen wollte, daß der **Reiniger**, **Zimmermann** für günstige Aussagen 150 Mark zahlte. Sie nannte einen Mann, der diese Anweisung gemacht haben sollte. Der Zeuge wurde sofort vernommen, will aber nichts davon wissen. Das Gericht nahm weitere Vernehmungen über diese Frage in Aussicht.

Zu Beginn der Mittwochverhandlung im „Zimmerfreu“-Prozess wurden zunächst Zeugen über den Vorfall vernommen, bei dem eine Straßenbahn angehalten, ein Zimmermann vom Wagen heruntergerissen und verprügelt worden sein soll. Als Täter kommen nach der Anklage die Angeklagten **Hahn** und **Stettin** in Frage. Der Autoführer **Herrmann**, der diesen Vorfall beobachtet hat, war nicht in der Lage, einen der Angeklagten als Täter wiederzuerkennen. Dasselbe gilt von dem Führer der Straßenbahn. Auch der **Maurer Hagel**, der von der Straßenbahn heruntergeschlagen und mißhandelt wurde, erkennt keinen der Angeklagten, weil er, wie er sagt, schon halb bewußtlos gewesen sei.

Der Weg der rechten Renegaten

In **Opfaden** ist der Anhänger der Brandler-Gruppe, **Sardt**, zur SPD. übergegangen, die ihm eine Anstellung beim Arbeitsamt beschaffte. In der Generalversammlung des **DMA** am 3. Februar schlug

Vom Tage

Wie aus **Moskau** gemeldet wird, sind wegen der großen Kälte sämtliche Schulen geschlossen worden, der gesamte Straßenbahnverkehr ist stillgelegt worden. Voraussichtlich dürfte die große Kälte noch einige Tage anhalten.

Wie aus **Kairo** gemeldet wird, sind in **Mehalla** (Provinz **Ghardian**) bei einem Großfeuer 240 Eingeborene ums Leben gekommen und etwa 300 schwer verletzt worden.

Im Reichstag wurde gestern der **Kellogg-Pakt** mit 257 gegen 127 Stimmen angenommen.

Der Preussische Landtag verabschiedete gestern die **Novelle** zum Gesetz über die **Gemeindewahlen**.

Sardt den früheren sozialdemokratischen Bevollmächtigten **Ginter** zum 2. Bevollmächtigten vor. Die unmittelbare Antwort auf diesen Vorschlag war ein hundertstimmiges **Nein**. In der nachfolgenden Debatte rechneten die Arbeiter mit **Sardt** ab, mit diesem Sozialdemokraten, der vor kurzem noch erklärte, „er würde ein Schuft sein, wenn er zur SPD. ginge“. Ein Kollege sagte dem Sozialdemokraten **Ginter**, er solle nur dafür sorgen, daß **Sardt** immer gut bezahlt werde, sonst könnte es passieren, daß der **Stahlhelm** ihm vielleicht mal etwas Besseres böte.

NSD. Mittelrhein für die Parteimehrheit

Am Sonnabend und Sonntag tagte in **Aden** die Bezirkskonferenz des **NSD.** Bezirk **Mittelrhein**, die zum Bericht über den 6. Weltkongreß und den innerparteilichen Fragen Stellung nahm. Nach dem Referat des **NSD.** Vertreters und eingehender Diskussion wurde mit 36 gegen 1 Stimme eine Resolution angenommen, die sich vorbehaltlos auf den Boden des 6. Weltkongresses stellte. Die Konferenz nahm einen guten und lebendigen Verlauf. Der Versuch einiger ausgeschlossener Kreise der Partei am Sonntag nach Schluß der Konferenz durch Verteilung eines Offenen Briefes bei den Delegierten Eindruck zu schinden, ist vollkommen vorbeigelungen.

Indisch-englisches Militär gegen Streikende in Bombay

Der Generalstreik in **Bombay** wird von der gesamten Arbeiterschaft mit einer glänzenden Solidarität und großem Kampfesmut durchgeführt. Die Situation hat sich wesentlich verschärft, nachdem neben der Polizei Militär in die Kämpfe eingegriffen. Bis jetzt wird berichtet, daß 19 Personen getötet und etwa 140 verletzt sind. Die Massen greifen das Polizeipräsidium an und stellen es in Brand. Auch in **Colombo** haben die **Polizei**, **Post**- und **Verkehrsarbeiter** die Arbeit niedergelegt.

Polizei und Militär unter Führung der indisch-englischen Regierung erscheint in den Kämpfen zwischen den **Indus** und den **Pakistan** in neutraler Weise. Das ist keineswegs der Fall. Die englische Bourgeoisie hat es in Indien bisher meisterhaft verstanden, die religiösen Gegensätze zu verschärfen und zu kämpfen der wertvollen Massen untereinander zuzuspitzen, um ihre eigenen Positionen zu festigen. Demgegenüber kämpfen die **indischen Kommunisten** dafür, daß eine einheitliche Front gegen den englischen Imperialismus und die indische Bourgeoisie aufgerichtet wird, und zu diesem Zwecke die religiösen Gegensätze durch eine großartige Kampfarbeit überwinden werden. Diese Bestrebungen der indischen Kommunisten verfolgt die englische Regierung mit unerbittlicher Strenge, und sie hat erst jetzt ein besonderes Dekret zur unerwünschten Unterdrückung der indischen revolutionären Bewegung erlassen, weil sie genau weiß, daß die einheitliche Kampffront die imperialistische Herrschaft tief erschüttert.

Dein Körper gehört Dir

Roman von Victor Marguerite
Berlin, Erich-Keil-Verlag

Das Gesicht des Richters wurde wieder verschlossen.
„Also Sie sind der Meinung, daß **Erinette Roustan** nicht abgetrieben hat?“
„Nein, Herr Richter.“
„Gut. Unterschreiben Sie Ihre Aussage. Aber ich bedaure in Ihrem Interesse, daß Ihre Aussage nicht mit denen der Angeklagten übereinstimmt, ebensowenig mit dem, was wir wissen. Sie sind eine gefährliche Person und das Recht wird seinen Gang gehen. Sie werden wieder vorgeladen werden. Und dann...“
Er ließ seinen Satz unvollendet. **Epi** ging, außer sich über diese Drohung, fort.

Auf den telegraphischen Hinweis seines Patentlades war **Sebastian Paccard** — ohne die Abhandlung seiner **Röbel** abzuwarten, die in einem **Vakant** in einigen Tagen folgen würden, sofort herbeigeeilt. Als er die **Bergweilung Epi** sah, die ebenso blaß ansah wie bei seiner letzten Reise, war er außer sich: die zweite Vorladung für den nächsten Tag, um die gleiche Stunde, war eben eingetroffen.

Als sie ihm zwei, dreimal jede Einzelheit der Vernehmung wiederholt hatte, wurde aus seiner Enttäuschung so heftiger Zorn, daß er die Hände ballte und im Zimmer hin und herlief, als hätte er nie die Sicht gehabt. Er sah rot, hätte den **Folterknecht** gern beim **Widder** gehabt, um ihm seine Unterstellungen in den Hals zurückschlagen zu können. **Reber Epi** schuld vollkommen beruhigt, war er mit ihr übereingekommen, daß sie alles verschweigen solle, und beschloß, wenn er sie in den **Justizpalast** begleitete, erst selbst ein Wortchen mit dem **faulsten Richter** zu sprechen.

Er las die Vorladung: **Mermerod? Mermerod?** Wie konnte man das lassen? Am nächsten Morgen begab er sich in die **Fabrik**, nachdem er sich des **Rachis** seinen **Angriffplan** zurechtgelegt hatte. Er begleitete **Epi**, die sich ein wenig getrocknet hatte, weil sie ihn hilflos herbei an ihrer Seite wollte. Er wollte mit seinem **Freunde Lucien Bernier** sprechen. Er zweifelte nicht daran, daß er ihm einen guten Rat geben und ihn unterstützen werde. Sie waren in schweren Stunden **Kameraden** gewesen — in einer **Bergweilungssituation**, die auf Leben und Tod verhandelt. Es eine Stunde war für ihn wieder da. Aber diesmal fühlte er seinen **Rat** verzeihen. **Epi** **Körper** **neben** **der** **letzten** **auf** **dem** **Spiel**.

Die beiden Brüder waren schon bei der Arbeit. **Lucien** saß in seinem Büro und drückte **Paccard** mit großer Herzlichkeit die Hand: **Peter** war in den **Verkäufen**, aus denen ihn der **Ältere** sofort holen ließ. „Freut mich, dich zu sehen, mein Lieber!“ wiederholte **Lucien**, als man die alten Erinnerungen in Kürze aufgerichtet hatte, „und weißt du, deine **Nichte** macht sich vorzüglich! Eine **Kanonin**! Du hast uns ein wahres Geschenk gemacht mit ihr... Die macht ihren Weg, verlaß dich auf uns!“

„Wirklich? Seid ihr mit ihr zufrieden?“
„Frage mal meinen Bruder!“ Er stellte den eintretenden jüngeren Bruder vor: „Mein lieber **Paccard**, der **Onkel** von **Spiritas** **Arelis**.“

Und da **Peter** auch nicht mit **Lobsprüchen** über die **Klugheit** und die **Führung** des jungen Mädchens sparte, sochte der **Eber** **Vertrauen** und **schilberte**, ohne etwas zu verschweigen, das **Mißgeschick**, das dem **armen** **Kind** zugefallen war. Sie saß in einer netten **Pakete** mit diesem **Untersuchungsrichter**, dem **dreißigen** **Kerl**...

„Die **Sache** **Estarteigne**? **Verdammt!**“ murmelte **Lucien** **Bernier**. „Die **Zeitungen** machen **solviel** **Lärm** deswegen, daß das **Gerecht** **zweifellos** die **Beisung** bekommen hat, ein **Exempel** zu **statuieren**.“

Der junge **Bernier**, ein hochherziger Junge, der sich von **Spiritas** **Charme** angezogen fühlte, ohne es sich zu gefallen, **ging** **Feuer**:

„Das ist doch kein Grund, um einem **einzelnen** **jugendlichen** **Mädchen** **Ungelegenheiten** zu machen... Wir müssen ihr **heraus** **helfen**. Wie leicht ist ein **nicht** **widdergutzumachender** **Irreum** **begangen**! Die **Macht** **des** **Untersuchungsrichters** **ist** **gefährlich** **groß**...“

„Der **Vorgeladene** **ist** **vollkommen** **in** **seiner** **Hand**“, **unterstrich** **der** **andere**. „**Hör** **mal**, **wie** **heißt** **eigentlich** **dein** **Dlibrius**?“

„**Mermerod?**“
„**Mermerod?**“ rief **Peter**. „**Ausgerechnet!** Der ist ja im **Justizpalast** **bekannt**. Der würde seine **Mutter** **guillotiniert** lassen!“

Lucien **rief** **ih** **die** **Hand**.
„Das ist das **Beste**, was **passieren** konnte. Den haben wir in der **Hand**! **Was** **gibst**?“

Der **Sekretär** **trat** **ein**: „Die **Post**. Ein **Einschreibebrief** zu **unterzeichnen**.“

„**Geben** **Sie** **her!** **Es** **Was** **noch?** **Haben** **Sie** **mir** **noch** **was** **mitzuteilen?**“

„Ich bitte um **Verzeihung**, **Herr** **Bernier**, aber ich habe gegen **meinen** **Willen** **gehört**, daß sie von der **kleinen** **Arelis** **sprachen**. Ich habe **vergesen**, den **Herrn** zu **berichten**, daß dieser **Tag** **jemand** **von** **der** **Polizei** **hier** **war**, um **Auskunft** **über** **sie** **einzuziehen**. **Selbstverständlich** **habe** **ich** **die** **allerbeste** **erteilt**. Und da ich nicht konnte, **darum** **es** **gefragt**, **habe** **ich** **versucht**, **Sie** **davon** **in** **Kennnis** **zu** **setzen**.“

„Gut. Sie können gehen. Lassen Sie **Fräulein** **Arelis** **rufen**.“
Als die **Tür** **sich** **hinter** **ihm** **geschlossen** **hatte**, **erklärte** **Lucien**:

„Also **denk** **dir**, vor **achtzehn** **Jahren** **hat** **dieser** **Mermerod**, der **damals** **Richter** **in** **Tournon** **war**, wo **unsere** **Mutter** **zu** **der** **Zeit** **wohnte**, **unser** **damaliges** **Dienstmädchen** **geschwängert**, — sie ist **lebens** **noch** **bei** **mir** — **Mzou**, die **später** **die** **Amme** **meiner** **Tochter** **geworden** **ist**. Und — das ist das **Schönste**! er hat die **arme** **Person**, ehe er sie **sehen** **ließ**, zum **Witwen** **veranlaßt**.“

„**Nein!**“ rief **Paccard**. „**Ist** **das** **möglich?**“

„**Warte**. Die **Mama** **hat** **den** **Brief** **aufgehoben**, in dem der **nachmalige** **Weltmeister** **für** **Moral** **und** **zahlreiche** **Nachkommenschaft** **ihre** **die** **notigen** **Ratschläge** **erteilt**. Sie hat ihn **mir** **anvertraut**, und ich habe ihn **sicher** **verwahrt**, **zusammen** **mit** **einigen** **anderen** **kleinen** **Papierchen**, die **im** **Hande** **sind**, gewisse **Personen** **sanftmütig** **zu** **stimmen**, wenn es **not** **ist**. Im **Kampf** **um** **das** **Leben** **sind** **die** **besten** **Waffen** **die**, die **der** **Gegner** **uns** **selbst** **in** **die** **Hand** **spielt**. Du **kannst** **beruhigt** **sein**. Für **den** **Mermerod** **haben** **wir** **einen** **schönen** **Kauf** **torb**, wenn er **billig** **werden** **will**. Aber **das** **glaube** **ich** **nicht**. Denn, **wahlgemerkt** **zu** **der** **Zeit**, von der **die** **Rede** **ist**, war **der** **Dumpe** **schon** **verheiratet**. Er **ist** **heute** **noch**, und **zwar** **kindlos**, das **setzt** **der** **Sache** **die** **Krone** **auf**...“

„Ich weiß nicht, wozu diese **unbekannten** **vermischten** **Nachrichten** **uns** **nützen** **können**, **als** **dazu**, **den** **Richter** **zu** **beurteilen**.“

„**Damit** **können** **wir** **ihn** **in** **die** **Unmöglichkeit** **verlegen**, **euch** **zu** **schaden**, **denn** **er** **weiß**, **daß** **wir** **wissen!**“ rief **Pierre** **Bernier**. „**Sie** **werden** **ja** **sehen**.“ Aus **der** **Schreibmappe** **seines** **Bruders** **nahm** **er** **eine** **Firmenliste**. „**Schreibe** **selbst** **und** **unterzeichne**, **Alter!** **Das** **macht** **mehr** **Eindruck**.“

Lucien **Bernier** **schrieb** **drei** **energische** **Zeilen** **nieder** **und** **hieß** **Paccard** **die** **unerwartete** **Waffe** **hin**: „**Lucien** **Bernier** **stellt** **hiermit** **Herrn** **Mermerod** **seinen** **brüderlichen** **Freund** **Sebastian** **Paccard** **vor** **und** **empfiehlt** **ihn** **auf** **wärmste** **seinem** **besonderen** **Wohlmollen**.“

„Das ist **Erpressung**“, **sagte** **er** **lächelnd** **hinzu**, „**aber** **diesmal** **ist** **es** **wohl** **angebracht**...“

„**Es** **lopfte**. **Epi** **trat** **herein**. Die **beiden** **Brüder** **beruhigten** **sie** **mit** **einigen** **freundlichen** **Worten**. **Lucien** **erkundigte** **sich**, **ob** **der** **Richter** **bei** **seinem** **Verhör** **den** **guten** **Auskünften** **aus** **der** **Fabrik** **denn** **gar** **keine** **Rechnung** **getragen** **habe**.“

„**Gar** **keine**, **Herr** **Bernier**. Er hat **nur** **von** **der** **Fischhalle** **gesprochen**.“

„**Dann** **liegt** **die** **Parteilichkeit** **auf** **der** **Hand**.“

„**Gut**, **mein** **Kind**. Sie **können** **ganz** **tuglich** **sein**, **Ihr** **Onkel** **hat** **alles**, **was** **zu** **Ihrer** **Berteiligung** **nötig** **ist**.“

„**Und** **sollte** **es** **notwendig** **werden**, **schrecken** **wir** **ein!**“ **sagte** **Peter** **so** **rasch** **hinzu**, **daß** **die** **Epi** **schwere** **Hoffnung** **mitnahm**, **von** **diesem** **Augenblick** **an** **habe** **ih** **Schicksal** **sich** **gemandt** **und** **ih** **Leben** **eine** **neue** **Richtung** **gemonnen**. (Fortsetzung folgt)

Das Erwerbslosenelend vor dem Reichstag

Die kommunistische Interpellation — Anklagereden der Genossen Jadaich und Radel

(Fig. Ber.) Berlin, 5. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Dienstagssitzung fragt Graf von Westarp in einer Interpellation an die Regierung, ob sie nicht gegen die Broschüre „Sozialdemokratie und Wehrproblem“, herausgegeben von dem linken Sozialdemokraten Seydewitz, wegen Hochverrats einschreiten wolle. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Zur Begründung der kommunistischen Interpellation erhält das Wort

Genosse Jadaich:

Ich muß zuerst die Feststellung machen, daß wir Kommunisten bereits vor Monaten verlangten, die Fragen der Erwerbslosigkeit zu beraten. Wir haben bereits im Sommer betont, daß die Erwerbslosigkeit nicht eine Auswirkung der Beendigung der Saisonarbeiten allein ist, sondern daß sie ihre Ursachen in einer wirtschaftlichen Erschütterung hat. Wir haben am Ende des Monats Januar rund 3 200 000 Erwerbslose und 800 000 Kurzarbeiter. Multipliziert man diese Ziffer mit den Haushaltungsangehörigen dieser Erwerbslosen, so ist es nicht übertrieben, wenn ich feststelle, daß ein Fünftel der deutschen Bevölkerung erwerbslos und der trassierten Notlage ausgesetzt ist. 800 000 Erwerbslose jedoch sind vom Bezuge der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen. Von den rund 800 000 Kurzarbeitern bezieht nur ein geringer Prozentsatz Kurzarbeiterunterstützung. Diese Zahlen genügen, um die ungeheure Notlage unter den Erwerbslosen zu charakterisieren. In der 1. Lohnklasse bezieht ein Erwerbsloser mit Frau und vier Kindern eine Unterstützung von 6,40 Mark die Woche. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Das ist pro Person eine Tagesunterstützung von zehn Pfennig. Doch mit Hilfe des Zentrums wurde hier beschlossen, die Futterkosten für einen Polizeihund in Höhe von 50 Pfennig bis zu 1,50 Mark pro Tag zu bewilligen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Wir sehen sehr deutlich, wie sich das Arbeitslosenversicherungsgesetz auswirkt. Selbst die sozialdemokratischen Arbeiter laufen mit aller Macht Sturm gegen dieses Gesetz. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Nach den Beschlüssen des Gesetzes, das mit Hilfe der Sozialdemokratie geschaffen wurde, kann ein Maurerlehrling, der durch Unterbrechung der Bauzeit arbeitslos wird, keine Unterstützung erhalten. Ist dieser Lehrling nun Witwe, was sehr oft vorkommt, kann er sich einen Strich nehmen, um sich auszuhalten. (Zuruf bei den Kommunisten: Eine herrliche Republik!) Ein Arbeitsloser, der erklärt, daß er nicht imstande sei, die ihm übertragene Arbeit zu verrichten, bekommt, wenn der Arzt feststellt, er sei gesund, die Unterstützung gesperret. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Wir haben in der letzten Zeit eine eifrige Kälte über Deutschland. Von den Erwerbslosen verlangt man zum Teil, daß sie bei 26 Grad Kälte, in zerrissenen Schuhen und Kleidern, wie in Rommern, Oberschlesien und in einigen bayrischen Kreisen, über 20 Kilometer bis zu ihrer Stempelkassette laufen, andernfalls sie keine Unterstützung erhalten. (Witruise bei den Kommunisten.)

Die kommunistische Fraktion hat bereits am 16. Juli 1928 Anträge eingereicht, um die Notlage der Erwerbslosen in gewisser Hinsicht sofort zu lindern. Am 5. Juli verlangten wir die Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung für die ganze Zeit der Arbeitslosigkeit. Wir richteten eine Interpellation an die Regierung, aber die Regierung hat bis zum Februar gebraucht, um uns eine Antwort zu geben. (Zurufe bei den Kommunisten: Die Minister müssen Wälle besetzen! Der Panzerkreuzer war ja wichtiger!) Wir haben uns des öfteren dagegen gewandt, daß dieses Haus unsere Anträge verschleppt. Jedes Geklingel gegenüber den Erwerbslosen auf den Reichstagsstridünen und seine Ausnahmebefugung gegen die kommunistische Fraktion dokumentiert treffend die Einstellung dieses Parlaments zu der Notlage jenes Volksteiles, der sich im tiefsten Elend befindet. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Es besteht

eine Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen,

die die gesetzliche Grundlage für die Durchführung der Wirtschaftspolitik der Großindustriellen schafft. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Ich erinnere nur an die Ausführungen des Großindustriellen von Borlig, der sich gegen die Sozialpolitik wendet, selbst auf die Gefahr hin, daß 50 000 Menschen ihr Leben lassen müssen. In demselben Sinne äußerte sich auch der Reichsbankdirektor Schacht, der den Reichsfinanzminister Dr. Hilferding als seinen Hampelmann betrachtet. (Lode des Präsidenten.)

Nach dem Befehl hat der Reichsarbeitsminister Wiffell die Möglichkeit, Maßnahmen, die im Interesse der Krisenunterstützung empfangen liegen, ohne weiteres in die Tat umzusetzen; er braucht nicht einmal das Plenum zu befragen. Davon macht aber dieser Sozialdemokrat keinen Gebrauch. (Zuruf: Auch ein Hampelmann!)

Aus einer Reichsstatistik ergibt sich, daß in einem Jahre in Deutschland 26 800 Selbstmorde aus Mangel an Nahrungsmitteln zu verzeichnen sind. Es kann nicht dabei bleiben, daß der Hunger der Erwerbslosen durch schöne Worte gestillt wird. Die Erwerbslosen müssen selbst aktiv eingreifen, um ihre Geschicke in die Hand zu nehmen. (Beifall bei den Kommunisten.) Die Erwerbslosen müssen mit um die Veränderung der bestehenden Verhältnisse kämpfen. Wir rufen den Erwerbslosen zu: Wenn man euch das Brot vorenthält, wenn man auf den Weg der Auswanderung nach dem Friedhof weist, so müßt ihr euch entschieden zur Wehr setzen, so müßt ihr euch ungeachtet der staatlichen Machtmittel selbst euer Recht erkämpfen. (Beifall bei den Kommunisten.) Erwerbslose, helft mit, die heutige mörderische Gesellschaftsordnung zu stürzen, um an ihrer Stelle die Herrschaft der Arbeiter zu proklamieren.

(Beifall und Handklatschen bei den Kommunisten.) Reichsarbeitsminister Wiffell, von den Kommunisten empfangen mit den Zurufen: „Hungerminister!“, „Der Stempelvater der deutschen Republik!“. Die Notlage der Erwerbslosen ist zu ernst, um mit Parteifragen verquält zu werden. Diese Frage müßte mit dem Herzen beantwortet werden. (Lärm, Lachen, Rufe bei den Kommunisten: „Heuchelei!“) Die Regierung bellagt die Not der Erwerbslosen tief. (Lärm bei den Kommunisten.) Ich verstehe die bittere Not der Erwerbslosen, denn ich habe in meinem eigenen Leben oft genug Hunger und Elend erlitten. (Großer Lärm, Zuruf bei den Kommunisten: Und was wollen Sie jetzt tun?) Für feilsche und menschliche Regungen haben Sie offenbar keine Verständnis. (Zuruf: „Glender Heuchler!“) Wir haben tatsächlich nur 2,8 Millionen Erwerbslose. Die Erwerbslosigkeit ist zum Teil auf den großen Frost zurückzuführen. Die Arbeitslosenversicherung ist ein erster Ver-

such. An eine Änderung aber kann noch nicht gedacht werden. Für die Saisonarbeiter kommt die Arbeitslosenversicherung nicht in Frage. Eine weitere Verlängerung der Unterstüchtungsdauer hält die Regierung im Augenblick nicht für notwendig. (Stürmische andauernde Unterbrechungen und Zurufe: „So steht euer warmes Herz aus!“) Die Arbeitslosigkeit wird mit dem Frost nachlassen, wenn auch nur in geringem Maße. Wir werden die Arbeitsvermittlung ausbauen und nach Möglichkeit für Notstandsarbeiten sorgen. (Kommunistischer Zuruf: Ist das alles?) Man kann die Erwerbslosigkeit nicht mit den Mitteln der Sozialpolitik bekämpfen. (Unruhe bei den Kommunisten.)

Abgeordneter Reih (Soz.) hält den Kommunisten vor, daß ihre Anträge unbrauchbar seien, weil die nötigen Mittel nicht da sind. (Zuruf: Aber für Panzerkreuzer habt ihr Geld! 700 Millionen für Neuaufstellungen!)

Abgeordneter Kleiner (B.): Die herabsetzenden Bemerkungen der Kommunisten über die deutsche Sozialpolitik sind nicht am Platze. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung ist ein Ruhmesblatt der deutschen Sozialpolitik.

Abgeordneter Schneider (Dem.): Die beste Hilfe sei die Arbeitsbeschaffung.

Abgeordneter Traßmann (Bayr. Vpt.) spricht für Ueberweisung der Anträge an den Ausschuß.

Abgeordneter Stöber (Nat.-Soz.) fordert Ausweisung der lastigen Ausländer.

Abgeordneter Döberich (Nat. Bauernpartei) hält eine wüste Schreie gegen die Landarbeiter und gegen die Sozialpolitik.

Das Schlüsselwort zur kommunistischen Interpellation erhält

Genosse Radel:

Wenn der Herr Präsident Döberich heute bemerkte — und zwar vor den Ausführungen meines Parteifreundes Jadaich — daß den Arbeitslosen besser geholfen werde, wenn man weniger redet und mehr handelt, so dürfte das in erster Linie auf den Reichsarbeitsminister zutreffen. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Der Wert seiner Rede kann jedoch nur darin bestehen, den auf den Tribünen anwesenden Kriminalbeamten zu sagen, für was für einen edlen Menschen sie die Erwerbslosen niederzubrennen haben. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Wiffell konnte nicht abstreiten, daß 800 000 Arbeitslose keinerlei Unterstützung erhalten. Er hat allerdings nicht gesagt, in welcher Weise diesen nichtunterstützten Arbeitslosen geholfen werden soll. Als der Reichsarbeitsminister gewisse Erleichterungen in der

Krisenfürsorge zugestanden, gab er in demselben Augenblick den Landesarbeitsämtern die Ermächtigung, ihrerseits die Arbeitslosen für bestimmte Berufsgruppen und für bestimmte Gebietsteile einzuschranken. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Wir haben hier einen Antrag der Sozialdemokratie vor uns liegen. Es wäre besser, dieser Antrag würde uns von der Reichsregierung vorgelegt worden sein. Die sozialdemokratische Fraktion setzt sich mit ihrem Antrag in erheblichen Widerspruch zu den Ausführungen des Reichsarbeitsministers. Sie denken wohl, die Arbeiter draußen durchschauen dieses Spiel nicht und glauben, die sozialdemokratische Fraktion wolle ja das Beste, nur die Reichsregierung leiste Widerstand! Ihr Antrag gehört zu den Verschleiernungsmanövern, die Sie durchführen müssen, um die tatsächlichen Ausführungen Ihrer Koalitionspolitik nach außen hin zu verbeden. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Der Herr Reichsarbeitsminister triefte schier vor Menschenliebe. Man braucht jedoch nur nachzulesen, um zu finden, daß es bei ihm an schönen Redensarten noch nie gefehlt hat. Die Sozialdemokraten hätten sich heute Ihren Antrag ersparen können, denn der Reichsarbeitsminister hätte schon längst die Pflicht gehabt, eine Entschädigung des Reichstages durchzuführen, die im wesentlichen die Forderungen festlegt, die die Sozialdemokraten heute neuerdings erheben. Heute fordern die Sozialdemokraten in einem Antrag, was der Reichstag schon längst beschlossen hat! (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Aber der Reichsarbeitsminister hat, anstatt den Erwerbslosen zu helfen, alles getan, um das Meer der nichtunterstützten Arbeitslosen zu vergrößern. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Das Gesetz über eine Sonderfürsorge für Saisonarbeiter ist so reaktionär, daß es seinegeglichen sucht. Die unzähligen Zuschriften aus den Kreisen der Erwerbslosen und der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft bestätigen dies. Ich muß noch einmal feststellen, daß das schändliche Arbeitslosenversicherungsgesetz ohne Mitwirkung der Sozialdemokratie nicht zustande gekommen wäre. Aber in ihrer letzten Not greifen die Sozialdemokraten drauhen vor der Arbeiterschaft zur Fliege und zum Betrug. Im Verbandsorgan des Baugewerksbundes wird die läugerische Behauptung aufgestellt, daß die kommunistische Fraktion für das Saisonarbeitergesetz gestimmt habe. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Diese verlogene Behauptung wird aufgestellt, weil Sie sich gegen die Empörung der Arbeitermassen bedenklich machen wollen. Aber die Wahrheit über Ihr Verhalten wird durchbringen, und die Arbeiterschaft wird Ihnen die Dultung geben. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

Aus aller Welt

Die Kältewelle breitet sich weiter aus

Im ganzen europäischen Rußland ist eine Frostwelle aufgetreten, die Kältegrade mit sich bringt, wie sie gewöhnlich nur Sibirien kennt. In Moskau zeigt das Thermometer 35 bis 38 Grad. Der Tramverkehr ist durch Einfrieren der Weichen zum großen Teil stillgelegt. Alle Züge haben Verspätungen, da die Bremsen einfrieren und die Stellanlagen vereisen. Moskau ist damit nahe an der tiefsten je beobachteten Temperatur von 42 Grad. Zunahme der Kälte wird für die nächsten Tage vorausgesagt.

In Jaroslaw und Nischni Nowgorod sind die Schulen wegen der Kälte von 37 Grad geschlossen. In den Ambulatorien und Krankenhäusern liegen viele Leute mit erfrorenen Gliedmaßen.

Selbst an der Krivoküste ereignete sich das seltene Schauspiel festen Eises in den Buchten des Nowoschen Meeres. Die Straße der Meerenaue von Kertsch ist vollständig zugefroren.

Gibirische Kälte in Rußland

21. Berlin, 7. Februar. Die Kältewelle hat sich am Mittwoch weiter ausgebreitet. Der Kern des umfangreichen Hochdruckgebietes, auf dessen Südseite die kalten Luftmassen von Ost her heranzühen, liegt jetzt über der Ostsee. Die Kaltluft hat bereits die Weser überschritten. Da gleichzeitig Aufsteigerung eingetreten ist, kann eine wesentliche Verschärfung des Frostes nicht ausbleiben. In Berlin wurden am Mittwochabend bereits 16 Grad unter Null gemessen. Das Thermometer dürfte also in der klaren Nacht unter 20 Grad fallen. Auch diesmal wieder macht sich die Temperaturumkehr in der Höhe stark bemerkbar. So meldete der Broden am Mittwochabend nur 8 Grad unter Null.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch

zum gemeinsamen Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber und ihre faschistischen und reformistischen Agenten, zum gemeinsamen Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion! Mit diesem Schlachtruf und

unter diesem Symbol



marschieren am Pfingsten 1929 der Rote Frontkämpferbund Deutschlands, die Roten Frontkämpferorganisationen und Arbeiterdelegationen der übrigen Länder zu einem wichtigen Internationalen Treffen in Hamburg, der Stadt der heldenhaften Barrikadenkämpfer von 1923, auf.

Rüstet zum Internationalen Kampfaufmarsch in Hamburg! Gegen das internationale Kriegsbündnis der Imperialisten schließt das internationale Kampfbündnis des Proletariats!

Einzahlungen erbeten auf Postscheckkonto: Ernst Thälmann, Internationales Treffen der Roten Frontkämpferorganisationen, 6. Reichstrasse, Hamburg, Pfingsten 1929. Konto-Nummer 480 93, Berlin.

Eine Spur der Tresorräuber?

Die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei in der Angelegenheit des Einbruchs in die Tresorräume der Diskontogesellschaft dauern ununterbrochen an. Zurzeit werden die Aussagen einer Reihe von Hausbewohnern geprüft. Dabei sind Widersprüche festgestellt worden. Insbesondere bedürfen die Aussagen des Wärters noch eingehender Prüfung. Der Wärtner wird ebenso wie seine Frau bis zur restlosen Aufklärung der Widersprüche im Polizeipräsidium festgehalten.

Der größte Teil von Paris stromlos

Der größte Teil der Stadt Paris wurde am Mittwochvormittag um 9 1/2 Uhr infolge eines Kurzschlusses des elektrischen Stromes beraubt. Der Zwischenfall hat sich in dem Elektrizitätswerk von St. Ouen zugetragen, wo Hochspannungslabel in einer unterirdischen Leitung in Brand gerieten. Dichte Rauchwolken stiegen auf und hinderten die Feuerwehr mehrere Stunden lang, in die Kabelgänge einzudringen.

Statt sich selbst die Familie vergiftet. In Hamburg versuchte der Bergmann Franz Riny seinem Leben durch Einatmen von Rauchgas ein Ende zu bereiten. In seinem im Erdgeschoss befindlichen Schlafzimmern öffnete er den Gashahn. Das Gas drang in die im oberen Stockwerk gelegene Schlafkammer seiner Frau, die hier mit zwei Töchtern ihres Stiefsohnes schlief. Die Frau und die beiden Kinder fanden den Gastob, während es den Bemühungen der Ärzte gelang, den lebensüberdrüssigen Bergmann wieder ins Leben zurückzurufen.

30 Waggons Eisenwaren beschlagnahmt. Die Zollbehörde in Rattowitz beschlagnahmte 30 Waggons Eisenwaren, die aus Oesterreich herbeigebracht waren, tatsächlich aber deutsche Waren darstellten. Die Beschlagnahme erstreckt sich nicht nur auf den obersteilsten Teil der Wojewodschaft, sondern auch auf andere Teile Polens.

Harter Frost in Nordchina. Auf dem Salgantrakt wurde eine chinesische Karawane erstoren aufgefunden. 89 Personen des Begleitpersonals waren erstoren. Zahlreiche Pferde sind dem Frost zum Opfer gefallen. In Salgan erstoren 14 Personen. Die Schiffverbindung zwischen Wladivostok und China ist stillgelegt. Das chinesische Schiff „Tschang“ ist bei Kamtschatka eingestochen. Der Besatzung von 22 Mann droht der Hungertod.

Mit der Lokomotive in eine Arbeitergruppe gefahren. In der Nähe von Lille (Frankreich) fuhr eine Lokomotive in einer Arbeitergruppe, wobei ein Arbeiter getötet und einer schwer verletzt wurde.

Arbeitslose Deutschlands, urteilt über die Sowjetunion!

Zu einer Zeit, wo die kapitalistische Proletariat und die Segnungen der Nationalisierung in der Wirtschaft des deutschen Imperialismus wieder drei Millionen Erwerbslose auf den Markt geworfen haben...

Table with 2 columns: Category (e.g., Bauarbeiter, Sonstige) and Value (e.g., 83 775, 228 810).

Wir sehen, daß der Prozentsatz der eigentlichen Industriearbeiter verhältnismäßig gering ist. Der Hauptanteil fällt auf die ungelerneten Arbeiter, die frisch aus den Dörfern zugewandert sind.

Die Arbeitslosigkeit ist die Folge des Kampfes gegen den Imperialismus und der Verbesserungsmaßnahmen im Staatsapparat. Im letzten Jahr ist besonders die Zahl der Saisonarbeiter gewachsen...

Die Neuregelung der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge

Dr. J. Wald nach seiner Amtsübernahme im Juni des vergangenen Jahres vertrat die sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wiffell in seiner Antrittsrede im Reichstag u. a. auch baldigst eine Neuregelung der Bedürftigkeitsprüfung...

Table with 3 columns: Lohnklasse, Prozent, and Einheitslohn. Lists percentages for different wage classes.

Durch die Staffelung der Freigrenze in den einzelnen Lohnklassen muß selbst der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister zugeben, daß die Einführung des Lohnklassensystems sozial gesehen ungerecht war.

- 1. Unterstützungen, die der Arbeitslose auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezieht...
2. Aufwandsentschädigungen, die für die Ausübung öffentlicher Ehrenämter gewährt werden...

Ferner bleiben 60 Prozent der Einnahmen, die Angehörige des Arbeitslosen aus eigener Beschäftigung haben, insoweit unberücksichtigt, als sie den Betrag übersteigen, um den die Freigrenze mit Rücksicht auf die Angehörigen erhöht worden ist.

- 1. Renten, die Angehörige des Arbeitslosen auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes beziehen.
2. Pflegegeld und Unterhaltsrente für ein minderjähriges Kind.

Forderungen der obererschlesischen Erwerbslosen

Der am Sonntag in Oelschitz stattgefundenen Erwerbslosenkongress für Oberschlesien hat u. a. folgende Kampfforderungen aufgestellt:

- Forderungen an den Reichstag: 1. Beseitigung des Arbeitslosenversicherungs- und Arbeitsvermittlungsgesetzes...
Forderungen an die Kommunen: 1. Uebernahme der Mietenzahlung durch die Gemeinden.

Was die Erwerbslosen berichten:

Görlitz: Der Erwerbslosenausschuß Görlitz hält wochentags an jedem Vormittag in der Zeit von 10 bis 12 Uhr in der Geschäftsstelle, Lunitz 8, Sprechstunden ab.

Beuthen a. d. O.: Stadtparlament hat nichts zu sagen. In einer Erwerbslosenversammlung wurde folgende Resolution angenommen:

Die Erwerbslosen fordern vom Magistrat für jeden Unterstüchtungsempfänger an Brennmaterialien pro Monat einen Zentner Kohle und einen Zentner Holz oder Geld für einen Zentner Kohle und einen Zentner Holz. Da durch die sehr schlechten Witterungs- und Wohnungsverhältnisse die Not der Erwerbslosen riesengroß ist, bitten wir den Magistrat, unsere Forderung zu berücksichtigen.

Patschkau: Die Frage der hiesigen SPD. Wie wir schon einmal berichteten, haben die hiesigen Größen der SPD unsere Genossen wegen dem Zeitungsverlauf denunziert.

Verlässige Beobachtung, beurteile selbst die Schwandaten der Sozialdemokraten. Die Herren von der SPD wissen nichts anderes, als die Spitzelberichte für die Polizei zu besorgen. Einmal haben sie es gewagt, im 'Vollblatt' einen Lügenartikel über uns zu verbreiten.

gerechnet, wie bei der Arbeitslosenunterstützung. (Siehe den Fragekasten in der Erwerbslosenbeilage Nr. 2.) Die Bestimmungen über die Berechnung von Besoldung sowie einmalige Einnahmen (Lotteriegewinne, Prisen von Sparguthaben usw.) sind unverändert bestehen geblieben.

Bei der Aufstellung der Forderungen waren sich die Delegierten des obererschlesischen Kongresses im klaren, daß diese nur im gemeinsamen Kampf der Erwerbslosen mit den Erwerbstätigen gegen die in Deutschland herrschenden Trustmagnaten und ihre sozialdemokratischen Helfershelfer durchgesetzt werden können.

Das Büro der Nebenstelle, ein ehemaliger Kleiner Laden, der gerade genügt, den zwei Angestellten Platz zu gewähren, wird auch zur Kontrolle für etwa 1200 Erwerbslose benötigt. Deshalb ist es auch kein Wunder, wenn der Verkehr staut. Die Erwerbslosen stehen draußen auf der Straße und frieren.

Fragekasten

- Anrechnung von Militärrente. (Anfrage Sprottau.) Wir können diese Anfrage nicht genau beantworten, da die Anfrage nicht genug erschöpfend ist.
Wieviel kann ein Erwerbsloser nebenbei verdienen? (Anfrage Freiburg.) Diese Frage ist bereits in der Erwerbslosenbeilage Nr. 2 beantwortet worden.

Arbeitsloser!

Die kommunistische Presse unterstützt deinen Kampf um Brot und Arbeit!

Unterstütze

auch du die kommunistische Presse. Kaufe sie! Verbreite sie! Kaufe nur bei Kaufleuten, die in ihr inserieren! Abonniere sie!

Die kommunistische Zeitung

ist die einzige Zeitung, die rücksichtslos die Interessen der Erwerbslosen und Erwerbstätigen vertritt und einen unveröhnlichen Kampf gegen die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Lakaien führt.

Die Mitglieder sollen ihrer Rechte beraubt werden

Erwerbslose!

Am Dienstag, dem 12. Februar 1929, um 14 Uhr (2 Uhr nachm.) pünktlich

findet im „Zentralballsaal“ eine von der Kommunistischen Partei einberufene Erwerbslosen-Versammlung statt. Wichtige Kampfbeschlüsse sind zu fassen. Es fehle niemand! Da pünktlich um 14 Uhr begonnen wird, werden die Breslauer Erwerbslosen aufgefordert, schon vor 14 Uhr im Versammlungsraum zu sein.

Aufklärung als Geschäft

Reisende in Sexualnot

Sexualnot der Jugend und der Erwachsenen, Eheprobleme, Jugendfragen, Fürsorgeerziehung, Sexualverbrechen und ähnliche Dinge sind zweifellos sehr ernsthafte Themen, die einer öffentlichen Erörterung und Klärung wert sind. Zahlreiche Geschicknisse der Gegenwart, Eheverbrechen, Schlägermorde und Selbstmorde und Jugendprozesse zwingen die Menschen dazu, sich mit diesen Problemen zu beschäftigen, Auswege und Erlösung zu suchen aus Not und Gefahren, Mißständen und Fesseln, die vorhanden sind. Niemand wird gegen die öffentliche Erörterung dieser schwerwiegenden Fragen etwas einzuwenden haben, so lange sie von Verufenen geschieht, von Menschen, die aus ihrer Lebenserfahrung, Hilfsbereitschaft und Weltanschauung heraus sich um eine Lösung bemühen.

Die Aktualität aller dieser Probleme aber hat es mit sich gebracht, daß heute kaum ein Tag mehr vergeht, ohne daß nicht irgend jemand über die Sexualnot der Jugend oder die Krisis der bürgerlichen Ehe spricht. Es haben sich unzählige Leute gefunden, die aus der Not und den Notizen ein Geschäft machen, ein glänzendes Geschäft, Leute, die durch alle Städte, von einem Saal in den anderen und von einer Stadt in die andere reisen und mehr Wert auf die Abendkasse legen als auf die Erlösung der Menschheit, die sie auf ihre großen Plakate drucken. So ist in diesen krisenreichen Zeiten der neue Typus des Geschäftstreibenden in Sexualität und Ehe not entstanden, der die Konjunktur geschickt benutzend, sehr erfolgreiche Venturzüge auf die Taschen seiner Mitmenschen unternimmt. Das Treiben dieser skrupellosen Kugler von Gegenwärtigen ist allmählich zu einer Plage geworden, und bedauerlicherweise sind nur die zahlreichen Opfer, die sie finden. Da gibt es kein aktuelles Problem, auf das sie sich nicht stützen. Im Kampf um den 218 benutzen schon die Sternendeuter zu Geschäften an groß, und es gibt heute kein Bündchen und keinen Klub mehr, der nicht seine finanzielle Misere durch einen öffentlichen Vortrag über eines dieser brennenden Themen aufzubessern versucht. Schluß damit! Ein Ende wird dieser Plage allerdings nur die Urteilskraft des Publikums selbst machen können, das nicht kritiklos in jeden Vortrag rennen, sondern genau prüfen sollte, wer ihn hält. Dann müssen die unbekannteren Größen, die Geschäftsreisenden, die mit einem gutfortierten Musterkoffer aktueller Probleme durch die Lande ziehen, von selbst verschwinden.

Kriminalbeamte gegen „Neueste Nachrichten“

Der Fachgruppenleiter der Breslauer Kriminalpolizei überleudet uns eine von den Kriminalbeamten gefakte Resolution, die wir nachstehend auszugsweise wiedergeben:

„Die Veröffentlichungen der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ aus Anlaß der erfolgreichen Aufklärung des Raubmordfalles in der Frankfurter Straße, insbesondere der Sonntagsartikel vom 3. Februar 1929 „Presse und Polizei“ veranlaßt die Vereinigung der Kriminalbeamten beim Polizeipräsidium Breslau zu der Polemik der „Neuesten Nachrichten“ Stellung zu nehmen: Die Kriminalbeamten wehren sich gegen die Art und Weise, in welcher die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ den Raubmord in der Frankfurter Straße für ihre Zwecke ausschlichten.

Den Kriminalbeamten beim Polizeipräsidium Breslau, welchen die Einzelheiten über den Stand des Ermittlungsverfahrens in der Parksche Brenner/Wiesuf bekannt sind, und die stets über die zu treffenden oder getroffenen Maßnahmen unterrichtet waren, erklären sich mit den Maßnahmen der Behörde und ihres Leiters unbedingt einverstanden.

Mit einigen Zeilen der Entschlebung können wir uns nicht einverstanden erklären. Die Presse muß das Recht haben, auch über Kriminalaffären Berichte zu bringen, die auf eigenen Informationen beruhen. Beim Polizeipräsidium wird man doch wissen, daß wir infolge Sperrung der Polizeinachrichten lange Zeit darauf angewiesen waren, ohne polizeiliche Informationen auszukommen.

Eine Staatsaktion

Gestern stattete die Polizei dem Bürg der Kommunistischen Jugend wieder einmal einen Besuch ab, um zu „haussuchen“. Irgendwelche Broschüre soll sich als staatsgefährlich erwiesen haben. Da es der Polizei nicht gelang, sie in die Hände zu bekommen, muß sie wenigstens beschlagnahmen, auf diesem Wege Vorbeugen zu ernten.

Provinziallandtag am 9. April

Die Einberufung des Provinziallandtages der Provinz Niederschlesien ist für Dienstag, den 9. April, um 10 Uhr, in Aussicht genommen. Der Finanzausschuß der Provinziallandtages soll bereits am Montag, dem 8. April, um 16,30 Uhr, tagen, um die Haushaltspläne vorzubereiten.

Hallo!

Die Roten Raketen

Spielertruppe des RFB. aus Berlin treten am 15. Februar, abends 8 Uhr im „Schleßweder“ auf. Eintrittspreis 75 Pf. Erwerbslose 50 Pf. Vorverkauf: Gauführung des RFB. Fischergasse 22, sämtliche Funktionäre des RFB. sowie Arbeiterbuchhandlung Feldstraße 50.

Breslau, 6. Februar.

Verpöbter geht uns die Zuschrift eines Breslauer Bauarbeiters zu, die die Vorgänge im Baugewerksbund schildert. Wir drücken sie ohne Kommentar ab. „Der ehemalige stellvertretende Kassierer habe die Einnahme von Geldern für Neuzutritte zu verwalten, über welche er nur vierteljährlich Abrechnung zu leisten hatte. Als nun einige Kollegen in ihrem Mitgliedsbuche wegen der Eintrittsmarle nachsehen, mußten sie zu ihrem Erstaunen feststellen, daß eine geringere Marke in ihrem Buche vorhanden war als wie sie bezahlt hatten. Daraufhin wurde die Kasse revidiert und ein Fehlbetrag von 50 bis 1000 Mark (!) festgestellt. Zu gleicher Zeit hatte der Ortsvorstand im Einvernehmen mit dem Vereinsbeirat ein Ortsstatut festgesetzt, welches am 29. Januar in der Vertreterversammlung gegen eine starke Minderheit angenommen wurde. In diesem Ortsstatut sind Bestimmungen enthalten, durch welche die Mitglieder fast ihrer ganzen Verbandsrechte beraubt werden. Nach dem Statut darf der Ortsvorstand nur noch durch die Vertreter gewählt werden. Als Vertreter darf nur gewählt werden, wer fünf Jahre im Verband organisiert ist und mindestens 200 Vollbeiträge geleistet hat. Als Vorstand kommt nur in Betracht, wer dieselben Bedingungen erfüllt hat. Die Mitgliedschaft wird eben nur noch als melkende Kuh betrachtet und behandelt. Die weltans größten Rechte besitzt nur noch das Vertreterforum, welches sich, mit einigen Ausnahmen, aus den Schließeln um den Hirten zusammensetzen wird. Nun sollte am 30. Januar die fällige Fachgruppenber-

atung der Baugewerksbund stattfinden. Es war dazu der kleine Saal des Gewerkschaftshauses bestellt worden. Die Versammlung sollte um 7,30 Uhr stattfinden. Um diese Zeit war jedoch der Saal schon so voll, daß niemand mehr Platz fand. Fast die Hälfte der Versammlungsbesucher mußte vor dem Saal warten, in der Hoffnung, aufklärung über die Vorgänge im Verband zu erhalten. Als Kollege Kuntz die Versammlung um 7,30 Uhr eröffnete, machte sich der Unwille der Kollegen bemerkbar, die keinen Einlaß in den Saal fanden. Als nun Kollege Kuntz zur Tagesordnung übergehen wollte, machten einzelne Kollegen den Versammlungsleiter auf die Verhältnisse, welche durch die Überfüllung und den Andrang entstanden waren, aufmerksam. Er versprach Abhilfe. Als diese jedoch nicht eintrat und einige Anträge, welche eingegangen waren, nicht zur Abstimmung gelangten, wurde der Versammlungsleiter durch die Mitgliedschaft gezwungen, die Versammlung zu schließen. Er versprach, die Versammlung in der Woche vom 8. bis 9. Februar in einem dafür geeigneten Saale stattfinden zu lassen und die Anknüpfung in der Stempelstelle auszuführen und in der „Vollmacht“ zu veröffentlichen. (Weshalb nicht auch in der „Arbeiter-Zeitung“, da doch viele Kollegen nur diese lesen?)

Baugewerksarbeiter, kommt reflexlos in die angekündigte Versammlung! Protektiert gegen eine Entziehung! Verlangt die Annulierung des von den Vertretern beschlossenen Ortsstatuts! Wehrt euch gegen die Diktatur der Führer und ihrer Getreuen! Kämpft für proletarische Demokratie im Verband!

Kursus über den 6. Weltkongress

Am 9. und 10. Februar Fortsetzung des Kursus über den 6. Weltkongress. Alle Genossen, die an dem ersten Kursus teilgenommen haben, müssen unbedingt erscheinen. Derselbe findet, wie der erste, in der Viktoria-Schule statt.

Achtung, erwerbslose Genossen! Die von der Bezirksleitung für heute, Donnerstag 18 Uhr auf die Feldstraße bestellten Genossen brauchen heute nicht zu kommen. Sie müssen erscheinen morgen Freitag 17 Uhr im Sekretariat, Feldstraße 50. Stadtteilstellungen, beachten!

Raubüberfall. Am 6. Februar gegen 2 Uhr wurde ein Bewohner der Kohlenstraße 13 von einem unbekanntem Mann an der Haustür Kohlenstraße 13 überfallen und beraubt. Geraubt wurde eine goldene Sprungbedel-Herrenuhr, Nr. 65228, zwei Dettel Gold, auf dem Sprungbedel „M. B.“ graviert. In Begleitung des Täters befand sich eine Frauensperson. Die Beschreibung des Täters: circa 35 Jahre alt, 1,65 Meter groß, schwarzes Haar und dunkle Kleidung. Die Frauensperson war hager, blond, und circa 1,65 Meter groß. Der Überfallende hat diese Personen in einem Lokal auf der Grünstraße im Laufe des Nachmittags, am 6. Februar kennengelernt. Gegen 28 Uhr begaben sich diese Personen mittels Kraftdroschke von der Grünstraße nach einem anderen Lokal.

Pferdebedrohliche von der Straßenbahn umgefahren. An der Radrennbahn wurde am Mittwochnachmittag eine Pferdebedrohliche von einem Zug der Linie 1 umgefahren. Die Droschke wurde vollständig demoliert. Der Insasse blieb unverletzt, während der Kutscher vom Kopf geschleudert wurde und Kopfverletzungen davontrug.

In der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar wurden 46 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, darunter wegen: Einbruchsdiebstahls 14, Fahrraddiebstahls 9, Betrugs 2, Unterschlagung 2, Hehlerei 1, Sittlichkeitsverbrechen 5, Vergehens 1, Körperverletzung 4, Sachbeschädigung 1, Hausfriedensbruch 1, feldbrieflich Gesuchte 6, Suchhaft 6.

Bermittelt wird seit 31. Januar das Laufmädchen E. Friede Kreuzmann, geboren am 29. Januar 1912 zu Breslau, hier, Kurstraße 18 wohnhaft gewesen. Beschreibung: 1,60 Meter groß, unterseht, dunkelblonder Wuschelkopf, rundes Gesicht, niedrige Stirn, blaue Augen, kleine Nase, vollständige Zähne. Bekleidung: weiße Madimähne, brauner Mantel, weißgrauer Pullover, dunkelblauer Rock, weißer Unterrock, rosa Schläpfer, hellgraue Strümpfe, schwarze Spangenschuhe, hellbraune Ueberschuhe.

Verloren. Eine hellgelbe Damenhandtasche. Inhalt: eine goldene Damenuhr (schwarzes Armband), Portemonnaie 6 Mark, drei Schlüssel und ein Taschentuch — Elise Graf. Ein Lederportemonnaie mit 110 Mark in Scheinen und 8 Mark Hartgeld — Minna Dettlinger. Ein schwarzer Wintermantel mit 110 Mark und ein Hut — Adolf Dants. Ein schwarzes Seidenhandtäschchen mit Portemonnaie 30 Mark — von Kesse-Zeitsch. Eine große Silberhandtasche, Inhalt: Portemonnaie mit 52 Mark, ein Schlüssel, zwei Taschentücher und drei Photographien — Frau Samel. Ein Ebenholzstod mit Silbergriff, gez. E. Kühmann. Ein Hund Schlüssel — K. Wollny. Eine Lederhandtasche — Josef Roth. Ein Pelztragen — Emma Waldborn. Ein gelber Lederbeutel mit 0,50 Mark. Eine goldene Droschke, mit Perlen und Brillantplättchen besetzt.

Gefunden. Ein Herrenrad „Banerker“, eine Alberne Damenarmbanduhr (graues Armband), zwei schwarze Lederportemonnaie (rot befärbt) mit Inhalt; ein Herrenschlüssel; eine Brille (Hornfassung und Goldbügel); eine Herrenarmbanduhr (braunes Lederarmband); 6 1/2 Paar Damen-Glaserhandschuhe; ein goldener Trauring; ein kleiner vierradriger Handwagen; eine braune Aktentasche mit Inhalt; eine Damenhandtasche (blau), Inhalt: zwei Schlüssel, ein Taschentuch; Erkennungszeichen I K 3120; ein Portemonnaie mit 0,70 Mark und Schlüsselarte der Straßenbahn; eine Leiter und ein kleiner Wasserleimer; eine braune Aktentasche mit blauem Kamm.

Einbruch. In der Nacht zum Dienstag wurde in die Geschäftsräume der Schornsteinfeger-Zunng, Rosenthaler Straße 4, eingebrochen. Es wurden entwendet eine Schreibmaschine, System Koppel, und eine Wanduhr.

Straßenunfall. Vorgestern nachmittag wurde in dem Grundstück Gräßhener Straße 10 der Arbeiter Walter Stephan von der Antonienstraße von einem Kraftwagen angefahren. Er erlitt eine Kopfwunde und Verletzungen am Rücken, so daß er ins Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk. Donnerstag, den 7. Februar, findet bei Meisig, Bürgstraße, eine erweiterte Bezirksvorstandssitzung statt. Die technischen Leiter sämtlicher Vereine müssen erscheinen. Anfang 7,30 Uhr. Sonntag, den 10. Februar, in der Turnhalle der Riegniger Schule Kursus sämtlicher Leichtathletikler und Interessenten. Anfang 9 Uhr.

Robe-Theater. „Minna von Barnhelm.“ Das Lustspiel, ein klassischer Bestand unserer Bühnen, hat nur wenig von seiner herabhaften Frische verloren. Abgedahnte Offiziere, die in ambigante Liebesaffären verwickelt werden, gibt es ja heute noch, nur daß sie nicht mehr wie zu Zeiten des Friedericus ohne Pension entlassen werden. Auch die Spezies des treuen Burschen Just, der ohne Lohn bei seinem Herrn weiterblieben will und dabei in einer von ihm erzählten Geschichte von einem nachgelassenen Pudel in Wahrheit einem Hund näher steht als einem Menschen, mag auch heute noch da und dort vegetieren. Das ganze ist ein getreues Milleubild aus der Zeit des Friedericus mit einem heute schwach anmutenden Versuch der Kritik an den sozialen Zuständen dieser Zeit. Die Form des

Sammlung der Bauhilfsarbeiter stattfinden. Es war dazu der kleine Saal des Gewerkschaftshauses bestellt worden. Die Versammlung sollte um 7,30 Uhr stattfinden. Um diese Zeit war jedoch der Saal schon so voll, daß niemand mehr Platz fand. Fast die Hälfte der Versammlungsbesucher mußte vor dem Saal warten, in der Hoffnung, aufklärung über die Vorgänge im Verband zu erhalten.

Als Kollege Kuntz die Versammlung um 7,30 Uhr eröffnete, machte sich der Unwille der Kollegen bemerkbar, die keinen Einlaß in den Saal fanden. Als nun Kollege Kuntz zur Tagesordnung übergehen wollte, machten einzelne Kollegen den Versammlungsleiter auf die Verhältnisse, welche durch die Überfüllung und den Andrang entstanden waren, aufmerksam. Er versprach Abhilfe. Als diese jedoch nicht eintrat und einige Anträge, welche eingegangen waren, nicht zur Abstimmung gelangten, wurde der Versammlungsleiter durch die Mitgliedschaft gezwungen, die Versammlung zu schließen. Er versprach, die Versammlung in der Woche vom 8. bis 9. Februar in einem dafür geeigneten Saale stattfinden zu lassen und die Anknüpfung in der Stempelstelle auszuführen und in der „Vollmacht“ zu veröffentlichen. (Weshalb nicht auch in der „Arbeiter-Zeitung“, da doch viele Kollegen nur diese lesen?)

Baugewerksarbeiter, kommt reflexlos in die angekündigte Versammlung! Protektiert gegen eine Entziehung! Verlangt die Annulierung des von den Vertretern beschlossenen Ortsstatuts! Wehrt euch gegen die Diktatur der Führer und ihrer Getreuen! Kämpft für proletarische Demokratie im Verband!

Auffblies war während der Herrschaft des Absolutismus die geeignetste, oft einzig mögliche, Form der Kritik. Die Aufführung des Stückes, das nicht zu keinem Schaden von fünf Akten auf drei zusammengefaßt werden konnte, wurde ein voller Erfolg. Herr Fein als Just stellte einen unwürdigen, thölpelhaften Bauernbüchsen mit etwas drastischer Komik dar, während Herr Ehler in guter Erscheinung den Teufel etwas zu steil spielte. Großvater gab Rache Golb den arbeitslosen Schelm der Franziska wieder, Fräulein Ehler konnte aus ihrer Rolle nichts machen. Sehr lebendig spielte Herr Scherz den Wirt. Das Publikum spendete lebhaften Beifall.

Mittelschlesien

Deis. Die Deutschnationalen sind hier sehr rührig. Eine Versammlung löst die andere ab. Unter anderen tagte auch eine sogenannte Mittelstandsversammlung. Ein Raummester Neve aus Breslau zog alle Register, um die kleinen Handwerksmeister und Gewerbetreibenden für die Deutschnationale Partei zu tödern. Daß es dabei auf ein bloßes mehr oder weniger Demagogie nicht ankomme, ist ja bei solchen nationalen Kämpfen klar. Wenn der Redner behauptete, daß es der Arbeiterchaft besser geht, als zum Teil dem Mittelstand, dann muß man bloß schauen über soviel Wirtschaftskennntnisse. Durch die miserable Entlohnung der Arbeiterchaft sowie durch die Massenemwerbslosigkeit wird bewirkt, daß die Arbeiterchaft nur das Allernotwendigste kaufen kann. Das wirkt sich dann natürlich auch auf den Mittelstand aus, welcher aber auf Grund seiner bisherigen politischen Einstellung die Schuldigen immer auf Seiten der Arbeiterchaft sucht. Wir Kommunisten sagen auch dem sogenannten Mittelstand, daß seine Lage nur gebessert werden kann, wenn er sich von der bürgerlichen Ideologie freimacht und gemeinsam mit der klassenbewußten Arbeiterchaft dafür kämpft, dem Kommunismus zum Siege zu verhelfen.

Oblau. Mit seinem Militärarabier erschloß sich hier der Oberretter K. Das Geschloß drang oberhalb des rechten Auges in den Kopf. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Briefkasten

M. S. Ohne gerichtliches Urteil darf Sie der Hauswirt nicht aus der Wohnung herauslocken.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
Breslau
- Stadtteil Nord. Freitag 19,30 Uhr Mitgliederversammlung bei S. K. N.
- Rosenstraße. Mitgliedsbuch als Ausweis.
- Stadtteil Nord. Freitag 20 Uhr bei Meisig, Uferstraße. Generalmitgliedsversammlung. Referent: Genosse Meimann.
- Mittwoch. Donnerstag 18,30 Uhr im „Kreuz“ Strahenzellenkellerber- versammlung.
Kommunistischer Jugendverband
Breslau
- Abt. Kaitprotruppe. Alle Breslauer Kaitprotruppe Freitag 20 Uhr im Gau Büro, Fischergasse 22.
Jung-Spartakus-Bund
Breslau
- Gruppe Schottländer (Nord). Donnerstag 18 Uhr Heimabend in der Stadt Kamslau, Mühlblatstraße.
Roter Frontkämpfer-Bund
Breslau
- Donnerstag 19 Uhr im Gau Büro Vortragsabrechnung. Alle politischen und technischen Führer müssen erscheinen.
- Abt. 2. Donnerstag 19 Uhr bei Meisig, Uferstraße. Musikführungsabend.
- Ost. Sonnabend 19 Uhr im „Kreuz“ Generalversammlung. Bericht von der Konferenz. Alles muß erscheinen.
- Freitag 19 Uhr Fortsetzung des Kursus im „Kreuz“ im „Kreuz“ im „Kreuz“.
- Sonntag 19 Uhr im „Kreuz“ Kameradschaftsabend.
Rote Jungfront
Breslau
- Abt. 2. Donnerstag 20 Uhr bei Meisig, Ober- u. S. Kurstraße. Mitgliedsversammlung. Die Vorbereitung des Märzaufgebots. Mitglieds- bücher sind mitzubringen.
- Abt. 2. Donnerstag 20 Uhr in der Stadt Kamslau Kamerad- schaftsabend. Thema: Wie verhält sich der Parteileiter vor Gericht?
- Freitag 20 Uhr Kameradschaftsabend im „Kreuz“ im „Kreuz“.
- Sonntag 19 Uhr im „Kreuz“ Kameradschaftsabend.
Sonstige Organisationen
Breslau
- Freitag 19,30 Uhr im „Kreuz“ im „Kreuz“ im „Kreuz“.
- Freitag 19,30 Uhr im „Kreuz“ im „Kreuz“ im „Kreuz“.
- Freitag 19,30 Uhr im „Kreuz“ im „Kreuz“ im „Kreuz“.
- Freitag 19,30 Uhr im „Kreuz“ im „Kreuz“ im „Kreuz“.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Heut und morgen Frau Sorge nach dem bekannten Roman von Sudermann ein Ferner: Dr. Knock Filmstückspiel Niedrigste Preise Jugend verboten Arbeiter-Sportklub E.V.

Waldenburger Bergland

Ausgesteuerte werden nach den Waldenburger Gruben verschickt

Protest der Freiburger Erwerbslosen

Am Montag fand im Unterkasse eine öffentliche Erwerbslosenversammlung statt, in der Genosse K. Mann-Breslau über Ursachen der Erwerbslosigkeit und die Aufgaben der Erwerbslosen sprach. Seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. Ferner wurde Stellung genommen gegen den Magistrat bzw. das Wohlfahrtsamt, die den Ausgesteuerten Arbeit in den Waldenburger Gruben vermitteln, für den Hungerlohn von 20 bis 28 Mark wöchentlich, bei Gesamtbeitrag von Jahrgeld 2,50 bis 3 Mark, Invaliden, Kranken, Erwerbslosen, Knappschäftsbeiträge usw. 3 Mark, zusammen 5,50 bis 6 Mark. Als Minimum verbleibt ungefähr 17 Mark. Obwohl der Magistrat bzw. das Wohlfahrtsamt, daß die Freiburger Erwerbslosen für die Wettelpennige in Waldenburger Gruben arbeiten werden? Es wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

Die Erwerbslosen protestieren gegen das Anstehen des Magistrats bzw. des Wohlfahrtsamtes Freiburg, die Ausgesteuerte, die Armenunterstützung bezogen, nach Waldenburg in die Gruben verschickt werden. Wir fordern Aufhebung dieser Anordnung. Der geringe Lohn reicht nicht, um das Notwendigste zum Leben anzuschaffen.

Wir fordern die Erwerbslosen auf, sich mehr wie bisher um die Kommunistische Partei zu scharen und die „Arbeiter-Zeitung“ zu abonnieren. Dort werden sie in der Beschlusse „Der Erwerbslose“ viele Fragen finden, die von großer Wichtigkeit sind. In der nächsten Zeit wird der Erwerbslosen-Ausschuss neu gewählt. Kommt alle in die Versammlung!

In einer weiteren Resolution wird gesagt: „Die Erwerbslosen erheben schärfsten Protest gegen den Unterhaltungsbeitrag an den sogenannten Saisonarbeitern. Sie sprechen allen Parteien, die im Reichstag für dieses Ausnahmengesetz stimmten, ihr schärfstes Mißtrauen aus, und verlangen sofortige Kassulierung dieses Gesetzes. Die Versammelten begrüßen den Kampf der Kommunistischen Partei gegen diese Ausnahmeverordnung sowie gegen das bestehende kapitalistische System, und geloben, diesen Kampf zu unterstützen. Sie wissen sehr wohl, daß dieser Kampf nur mit Erfolg geführt werden kann, wenn die mit dem Betrieb stehenden Arbeiter gemeinsam mit den Erwerbslosen den Kampf für die Forderungen aufnehmen.“

„Arbeiter unter Tage stellt ein die Fuchsgarbe“

Ein Bergmann schreibt uns: Dieses konnte man die letzten Tage auf dem Juliuschacht ausgehen sehen. Trotz der vielen Erwerbslosen haben sich nur wenige für diese Arbeit gemeldet und meistens nur probeweise, da sie für diesen Lohn meistens schon in wenigen Schichten die Nase voll haben und für weitere Schinderei danken. Die 13. Abteilung (früher 8. Abteilung) ist ein richtiger Taubenschlag geworden. Beschäftigt dort schütten die Kumpels Tag für Tag, und wenn der Monat rum ist und sie nach dem verdienten Lohn fragen, dann sind es immer nur wenige Pfennige über dem Mindestlohn (5,85 Mark).

So wurde im Monat Januar bei einem Streb (60-80 Zentimeter Höhe), wo die Kumpels sich mehr Kleider zerreißen als sie verdienen, nur 5,85 Mark berechnet, obwohl die Leute versucht haben, soviel wie möglich die Leistung zu steigern. Der Steiger (Fürgens) kann sich niemals mit einem Arbeiter vernünftig auseinandersetzen, sondern er läßt gleich die Kumpels an, als ob sie Rindvieher wären. So soll sich also ein erfahrener Gauer, welcher schon 20 Jahre und mehr in der Grube arbeitet, von einem jungen Beamten bei voller Arbeit noch andrücken lassen, und seine Meinung darf er nie kundtun? Dieser Steiger hat schon des öfteren Kumpels aus der Grube jagen wollen und ihnen mit der Knüttelung gedroht. Da im vorigen Monat der Steiger sehr selten in einer Schicht sein soll ausbrachte, soll jetzt wieder einmal gewechselt werden. Zwar soll Steiger Diegenza (auch ein großer Brüller) das Kraut leitmachen. Als am 4. Februar die Herren Beamten die Abteilung durchführten, um für diesen Monat die Gebinde festzusetzen, sagte ein Gauer dem Bergverwalter, daß eben nicht mehr herauszuschinden ist, da nur noch „Kuchenröhren“ (Kuchenende) abzuklauben sind. Dieses war diesem Herrn zuerst gesagt, und es gab ein großes Gebrüll! Also, wie immer, die Wahrheit wollen die Herren nicht hören. Ob nun durch den Wechsel der Steiger die Leistung in der Abteilung gehoben werden wird, ist noch eine Zeitfrage, da doch schon in kurzer Zeit vier Steiger die Abteilung geführt haben und keiner hat die hinaufgeschraubte Leistung aufgebracht. Und wenn gleich die Abteilung von sämtlichen Beamten geführt würde, kann es auch nicht besser werden, denn es liegt nicht am Arbeiten und nicht an den Beamten, sondern an dem Antreibersystem, das sich nicht mehr steigern läßt, weil aus den Knochen der Kumpels ohnehin das Letzte herausgeholt wird.

Es ist Aufgabe der im Betrieb stehenden, Hand in Hand mit den Erwerbslosen den Kampf zu organisieren, dessen Endziel der Sturz der Koalitionsregierung, die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung und der Aufbau des Sozialismus ist. Diesen Kampf führt die Kommunistische Partei. Deshalb, Erwerbstätige und Erwerbslose, schart euch um die einzige wahre Arbeiterpartei!

Die Erwerbslosen sollen die fehlenden Millionen retten

Die Auswirkungen der sozialdemokratischen Spartakität. In welcher Weise in Waldenburg die Rettung der verschobenen Million vor sich gehen soll, zeigt nachfolgende Schilderung: Einem Teil von Erwerbslosen ging von Seiten des Wirtschaftsamtes nachfolgende Nachricht zu:

Städtisches Wirtschaftsamt.

Im Antrage des städtischen Wohlfahrtsamtes ersuchen wir Sie, sich am Montag, dem 4. Februar 1929, früh 6 1/2 Uhr vor dem Rathaus mit einer brauchbaren Sandschaufel zur Schneeräumung auf den Straßen zu melden. — Die Arbeitspapiere sind mitzubringen. Bei unbegründetem Fernbleiben oder Verweigerung der

zugewiesenen Arbeit haben Sie den Wegfall der Unterstützung ab nächster Woche zu gewärtigen. Als Lohn erhalten Sie 90 Prozent des Tariflohnes der Gemeindearbeiter.

Pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. A. Matthäi, Stadtrat.

Hier ist sehr deutlich zu erkennen, wie die Auswirkungen der Sperremaßnahmen des sozialdemokratischen Stadtrats Direktor ausfallen. Echte sozialdemokratische ist es, bei den ausgemergelten Erwerbslosen anzufangen, die man zwingt, bei Drohung des Unterstützungsentzuges unter Tarif zu arbeiten, sich als Lohnbrüder herzugeben. Was bedeuten die Gewerkschaften zu tun, was werden die Stadtverordneten gegen diese schändlichen Maßnahmen der städtischen Körperschaften tun? Die Erwerbslosen sind nicht gewillt, sich den kommunalen Körperschaften als Lohnbrüder herzugeben. Sollten diese Zustände nicht sofort beseitigt werden, dann werden die Erwerbslosen zur Selbsthilfe greifen.

Waldenburg, Arbeiter-Athletenbund, J. Kreis, 2. Bezirk, Montag, den 10. Februar 1929 Bezirksführung im „Eckstein“ um 14 Uhr.

Waldenburg, Arbeiter-Athletenbund, J. Kreis, 2. Bezirk, Montag, den 10. Februar 1929 Bezirksführung im „Eckstein“ um 14 Uhr.

Freiburg, Freie Turnerschaft, Sonnabend, den 9. Februar, Punkt 20 Uhr, im „Kronprinzen“ außerordentliche Mitglieder- und Tagesordnung: 25jähriges Bestehen usw. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

Schweidnitz

Fak 4000 Erwerbslose meldet ein trockener Bericht des Schweidnitzer Arbeitsamtes, davon rund 1000 ohne Unterstützung. Es ist schlimmer wie 1923, Welch Not und Elend verbirgt sich hinter diesen Zahlen! Im Arbeitsamt wurden eine Anzahl Kräfte mehr eingestellt, um die Arbeit bewältigen zu können. Trotzdem stundenlanges Warten. Durch die Einstellung der Notstandsarbeiter ist diese Woche das Heer der Erwerbslosen noch vergrößert worden. Und in den großen Fabriken, in den Karowerken Dreiflächensystem und wohnsinnige Arbeiterkolonien. In den Siemenswerken zwei Schichten (eine Frage: wieviel Doppelschichten werden gemacht?). In einer Familie acht Verdienner, bei der anderen alle Köpfe erwerbslos. Kollegen, Erwerbslose, erkennen ihr immer noch nicht den Wahnsinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung? Helft den Kommunisten bei der Beseitigung des kapitalistischen Systems! Appelliert an die Solidarität der Betriebsarbeiter!

Schon wieder einmal war die Polizei auf der Suche. Manche Funktionäre werden sich jetzt allmählich auf tägliche Besuche einrichten; denn auf zweimal in der Woche hat man es jetzt schon gebracht. Am Freitag suchte man nun einen verbotenen Arbeiterkeller. Gefunden wurde, wie immer, nichts! Gibt es den wirklich in Schweidnitz nichts mehr zu tun für die Krämpfer?

Achtung! In der Wochenausgabe am Sonnabend werden wir sehr interessante Einzelheiten von der Generalversammlung der Schweidnitzer Reichsbanner veröffentlicht. Genossen sorgt für gute Anfrühung.

Habt Ihr schon Karten für „Rote Raketen“ am 13. Februar im Volksgarten.

Niederschlesien

Görlitz

Morgen

geht alles ins „Konzerthaus“ zur Zehnjahrsfeier der KPD. Einlaß 19 Uhr, Beginn 20 Uhr. Programm 50 Pf., Erwerbslose 25 Pf.

Der „Baubrühle“ Ludendorff

Seine abgetatete Erzählung Ludendorff, alias Lindström, jetziger Pensionär dieser Republik, war zum Ergötzen der notleidenden Großbürger und etweller hierseiger Spießer von Görlitz und Umgebung am vergangenen Sonntag in höchstehender Person erschienen. Die blaue Brille hatte er hübsch zu Hause gelassen. Aber trotz des Schupoaufgebots, trotz seiner Botengarde, mit den durch den Kaltes gezogenen Hemden, zog er es vor, ungeachtet der Empfangsvorbereitungen am Hauptportal der Stadthalle, „heischeiden“ und „mutig“ durch einen Nebeneingang seinen Einzug zu halten. Die erschienenen Kriegsteilnehmer aus der Görlitzer Arbeiterpartei, die den großen Gelden gar zu gern einmal persönlich „begrügt“ hätten, mußten ihm ihre aufrichtigen Wünsche durch entsprechende Zutritte verständlich machen.

Im übrigen war alles da, Schupo, Krümchen usw. Herr Winter machte in Gutaway und gewichstem Schurzbarth (bei den hohen Erbal-Preisen) am Eingang die Hönneurs. Es ist ein wahres Glück, daß die Deffentlichkeit wieder einmal sehen konnte, wozu der Polizeistat des Sozialdemokraten Orzeszinski die Millionen der werktätigen Steuerzahler verwendet.

Im übrigen sind die sich häufenden Veranstaltungen der Faschisten ein Zeichen der Zeit. Die Bourgeoisie rüflet, nicht nur durch Panzerkreuzer und Giftgase, sondern auch durch den Versuch, die Massen ideologisch zum kommenden Kriege zu beeinflussen. Sache der Klassenbewußten Arbeiterpartei muß es sein, durch unermüdbare Aufklärung den noch indifferenten Arbeitern den Weg zu zeigen, den uns die Reaktion mit Unterstützung der Reformisten führen will, und dadurch gleichzeitig den Massen immer wieder und wieder einzuschäme, daß es nur ein Mittel gibt, ein neues großes Völkermorden zu verhindern, nämlich: die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg!

Note Giffe. Allen unseren Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß die übliche Monatsversammlung am 8. Februar ausfällt. Wir bitten aber unsere Mitglieder, die am 8. Februar im „Konzerthaus“ stattfindende Veranstaltung der KPD. recht zahlreich zu besuchen.

Grünberg

Die Fasnacht sollte behandelt werden

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Am 6. Januar dieses Jahres kam ich nach Grünberg als Arbeitsloser. Durch Vermittlung des Arbeitsamtes erhielt ich eine Hausdienststelle im „Hotel Schwarzer Adler“. Mein Verdienst beträgt dort monatlich 20 Mark bei freier Station. Die Arbeitszeit geht von früh 7 Uhr bis abends 10 und 11 Uhr. Befristung wurde mir beim Eintritt der Stellung, daß es viel Arbeitgeber gibt. Das Gegenteil ist der Fall. Obwohl wird das Essen immer schlechter. Dazu muß man sich dumm und dämlich tun lassen. Die Gehalt, bei diesem elenden Lohn, das weder hin noch her reicht, bei der schlechten Kost, auch noch Schiltanen aller Art. Jetzt ist einem Sozialdemokraten ein Betrag von 7,50 Mark geboten worden. Der Lohn ist so gering, daß ich mich nicht leisten kann, die Kosten für den Hausdienst zu bezahlen, so frage ich mich, wie man die Kapitalisten

um. Man kommt die Sache vor den Staatsanwalt. Ich werde darüber noch berichten.“

Sagan

Die Kohlenverteilung für Monat Februar erfolgte am Donnerstag, dem 7. Februar. Alle, die für Januar Kohlen und Wiselitz erhalten haben, bekommen auch für Februar. Sozialrentner und Ausgesteuerte erhalten die Kohlenarten am Freitag, dem 8. Februar. Wer sich nicht ganz klar ist über die Verteilung, kann sich jeden Montag und Mittwoch von 9 bis 11 Uhr beim Erwerbslosenaussschuß in der „Weintraube“ Auskunft holen.

Spurlos verschwunden. Der nach Unterschlagungen im Kreiswohlfahrtsamt vermisste Büroangestellte Manthey ist immer noch verschwunden. Wahrscheinlich hat er sich das Leben genommen.

Hagnau

Generalversammlung des Ortsausschusses

Am Donnerstag, dem 31. Januar, tagte im Volkshaus die Generalversammlung des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften. Daß bei Erstattung des Jahresberichtes für die sozialdemokratische „Volkzeitung“ Kellame geschlagen wurde, verwundert uns bei der Zusammenlegung des Kartells weiter nicht. Auch wurde ferner für den Besuch des „Volkshauses“ gewonnen; dieses sei nicht mit den privaten Gasthäusern gleichzusetzen! Die Zahl der dem Kartell angehörenden Gewerkschaftsmitglieder beträgt 1687. In den Vorstand wurden Reformisten gewählt. Ein Antrag der Steinarbeiter und der proletarischen Organisationen, wie KPD, KVB, und Rote Hilfe, welcher die Aufhebung der Sperrlinie für die letztgenannten Organisationen im Volkshaus verlangte, führte zu reger Ausdrache. Die Reformisten meinten, die Redner der KPD hätten die SPD-Führer zu sehr angegriffen, aber der Reformist Gdert gab der Wahrheit die Ehre und erklärte, es sei in den Versammlungen dieser Organisationen nichts getrunken worden! (1)

Weil die „Volkzeitung“-Redaktion die Annahme des Antrages einem Selbstmorde gleichstellte, wurde er gegen vier Stimmen der Opposition abgelehnt. Wir erklären, daß für uns der Fall noch lange nicht erledigt ist. Zum Schluß überkam den Vorsitzenden Karl der übliche Kommunistenkollekt. Er schimpfte wegen des Verlaufs der „Arbeiter-Zeitung“ (Erwerbslosenanzeige). Ja, er drohte sogar mit der Polizei. Der Kollege Jädel (Opposition) trat dem Karl diesbezüglich entgegen und zeigte auf, wo die wirklichen Spalter sind. Auf das übrige Geschwätz des Herrn Karl einzugehen, hieße Verleumdung von Dundersturm.

Festnahme eines polnischen „Defertiers“. Von der hiesigen Polizei wurde ein polnischer Defertier Paulus Warday vom 3. Dragoner-Regiment, Tarnowitz, festgenommen. Warday wird den polnischen Behörden ausgeliefert werden. — So lautet der Polizeibericht. Die deutsche Polizei wird also diesen jungen zum Armeedienst gepreßten Arbeiter den polnischen Imperialisten zur Verwendung als Kanonensputter wieder zurückliefern. Jungarbeiter, hieran erkennt ihr am besten das Los aller Jungarbeiter in den imperialistischen Staaten.

Wegnitz

Die „Volkzeitung“ hat Sorgen. Täglich finden wir in der „Volkzeitung“ erschöpfte und ermüdete Artikel über unsere Partei. In der Sonntagnummer vom 3. Februar 1929 macht man sich viel Sorgen über unsere kommenden Parteitag. Der Artikel strotzt vor lauter böswärtigen Verdrehungen. Die „Volkzeitung“ soll sich gelagert sein lassen: Auf unserem Parteitag wird die Stimme der Arbeiter, Kleinrentner und Erwerbslosen den Verhandlungen das Gehör geben. Aber wie wird es auf dem SPD-Parteitag aussehen? Da wird man keine Arbeiter finden, sondern nur Minister, Aufsichtsräte, Polizeipräsidenten (vom Schläge Jörgel), Regierungsräte, Landräte und sonstige Bonzen. Die werden hübsch manierlich dem Wechprogramm zustimmen. Da muß man weiter beschließen, wie man die Kapitalisten

vor den hungernden Arbeitern schützen kann. Man wird im Reichstag dann nicht mehr für den Summittappell stimmen, sondern gleich für Handgranaten. Braut nur weiter eure Eigensuppen! Die Kommunistische Partei lebt und kämpft. Sie wird euch und die Kapitalisten eines Tages mit Hilfe der jetzt noch verirrten SPD-Arbeiter hinwegfegen! Arbeiter und Sympathisierende von Wegnitz, werft die „Volkzeitung“ und die bürgerlichen Blätter aus dem Hause! Lebt die „Arbeiter-Zeitung“, nur sie vertritt eure Interessen!

Achtung! Am 14. Februar kommen die „Rote Raketen“ (Spielgruppe des KVB, Berlin) nach Wegnitz. Sämtliche KVB-Kameraden und Parteigenossen sind verpflichtet, Freitag, Sonnabend und Sonntag sich reißlos für den Programmverlauf einzusetzen. Nähere Anweisungen durch die Jug- und Stadtleiter.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit

Allen Mitgliedern und Sympathisierenden zur Kenntnis, daß am 7. Februar, 19 Uhr, im „Preussischen Hof“ eine Besprechung stattfindet. Rentenpapiere und alte Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Gegner der Organisation haben keinen Zutritt. Mitgliedsbücher kommen zur Ausgabe.

Aus dem Riesengebirge

Stadtverordnetenversammlung

Die erste Sitzung im neuen Jahr fand am 1. Februar statt. Der Vorsteher gab bekannt, daß Herr Melzer von der „Wohlfahrtspartei“ sein Mandat niedergelegt hat. Bei der Wahl des Vorstandes schlug die sozialdemokratische Fraktion ihren Parteigenossen Brichtha vor. Die kommunistische Fraktion gab weiße Stimmzettel ab. Da die SPD das gleiche tat, wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Die Vorlage auf Festsetzung der Berufsschulbeiträge für 1928 wurde dem Hauptausschuß zurückgegeben. Die Versammlung beschloß, die Verpflegungssätze der städtischen Krankenhäuser von 4 Mark auf 4,50 Mark zu erhöhen. Dann wurde die Bauvorlage angenommen, nach der in der Linkestraße vorläufig 96 Wohnungen gebaut werden sollen. Eine Magistratsvorlage verlangte 15 000 Mark zum Bau der evangelischen Kirche in Cunnerdorf. Genosse Rischle wandte sich scharf gegen die Vorlage und beantragte, diese 15 000 Mark für die ausgesteuerten Erwerbslosen in Form von Raffhandarbeiten bereitzustellen. Der gesamte Bürgerlohn, einschließlich der Wohlfahrtspartei, stimmte für den Kirchbau. — Der Magistrat wollte die Mieten im Brausebade auf 8, 10 und 12 Mark festsetzen. Genosse Rischle führte aus, daß für diese Löcher, in denen das Wasser an den Wänden herablaufe, Mieten von 4, 6 und 8 Mark mehr als ausreichend seien. Die kommunistische Fraktion richtete auch scharfe Angriffe gegen den Magistrat, weil er die fünfköpfige Familie eines Eisenbahnbeamten, der ermittelt war, in einen Raum des Obdachlosenheims gepfercht hat. Herr Durant als Wohnungspfleger hätte sich für den Beamten einsetzen müssen. Die Kommunisten verlangten, daß dem Eisenbahnbeamten sofort eine menschenwürdige Wohnung zur Verfügung gestellt wird.

Gallo, die „Rote Raketen“, Berlin

spielen am Sonntag, dem 10. Februar, 20 Uhr, Einlaß 19 Uhr, im „Berliner Hof“. Eintrittskarten zu 75 Pfennig und 50 Pfennig (Erwerbslose) sind bei allen Funktionären und Kolporturen zu haben. Kameraden, sorgt für Massenbesuch.

Platzkonzert. Sonnabend, den 9. Februar, von 15 bis 16 Uhr Platzkonzert der Schalmeyenkapelle auf dem Wambrunner Platz. Alle Kameraden, welche nicht zur Kapelle gehören, erscheinen pünktlich in KVB-Uniform zum Platzkonzert.

„Rote Raketen“ kommen!

Am 10. Februar in Hirschberg, 19 Uhr, im „Berliner Hof“. Am 11. Februar in Waldenburg, 19 Uhr, im „Septer“. Am 12. Februar in Schweidnitz, 20 Uhr, im „Volksgarten“. Am 14. Februar in Wegnitz, 20 Uhr, im „Wintergarten“.

Oberschlesien

Spruchauschuss-Praxis beim Hindenburger Arbeitsamt

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz sieht vor, daß bei den einzelnen Arbeitsämtern Spruchauschüsse gebildet werden sollen. Dies ist bereits geschehen. Hier können die Erwerbslosen gegen ablehnende Entscheidungen des Vorstehenden im Unterstützungsverfahren Einspruch erheben. Daß auch diese Stellen nicht da sind, um dem Arbeiter zu helfen, sondern daß auch hier nur der Standpunkt der Unternehmung meist obliegt, zeigte eine am 21. Januar, 16 Uhr, statt gefundene Ausschussung. Es ist an und für sich schon eine schändliche Tatsache, und sie beleuchtet die Haltung der SPD, daß in einem Arbeitsamt, das von einem Sozialdemokraten regiert wird, Arbeiter sich überhaupt noch an den Spruchauschuss wenden müssen. Als Vorsitzender fungierte der sozialdemokratische Stadtrat und Arbeitsamtsdirektor Karger, ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer als Mitglieder. Als Vertreter der Reichsanstalt der stellvertretende Vorsitzende Unternehmerrichter Lemper. Schon die ersten Fälle zeigten, daß der Unternehmerbefehl vollkommen die Situation beherrscht und im Verein mit Dr. Veitert die anderen beeinträchtigt. Die Sitzung fand in einem Zimmer des Arbeitsamtes statt, so daß, trotzdem das W.W.G. die Offenheit der Sitzungen vorschreibt, von einer solchen kaum zu sprechen war, da nur drei Zuhörer Platz hatten. Warum, Herr Karger, nehmen Sie keinen anderen Raum? Haben Sie Angst, daß Ihre „soziale Tätigkeit“ nicht für die Offenheit bestimmt ist?

Nun einige zur Verhandlung gelommene Fälle: Zwei Mädchen erheben Einspruch auf Wegfall der Sperrfrist, wegen angeblicher Arbeitsverweigerung. Welche werden abgelehnt.

Ein Arbeiter aus Pilzendorf wird zur Arbeit nach Hindenburg vermittelt. Täglich drei Stunden Weg zu und von der Arbeitsstelle. Aus diesem Grunde lehnte er die Arbeit ab. Der Ausschuss entscheidet: Einspruch abgelehnt, da Frist zum Einspruch verstrichen und drei Stunden Weg täglich auch nicht zuviel sind.

Erst bei vier Stunden Weg zur Arbeitsstelle kann er die Arbeit ablehnen.

Also zehn Stunden arbeiten und drei Stunden Weg ist nicht zuviel für euch, Proleten! Man beachte weiter, daß Hindenburg selbst 8000 Arbeitslose zählt, man holt aber keinen von diesen zu dieser Arbeit, sondern einen aus Pilzendorf, damit man ihn wenigstens, wenn er auf Grund des weiten Weges die Arbeit ablehnt, vier Wochen die Unterstutzung sperren kann.

Sozialdemokratische Realpolitik

Es erscheint als Vertreter eines Dienstbüchchens deren Braut, gam. Sie hat die Stellung verlassen, da sie trotz Abmachung täglich nicht von 6,30 bis 18 Uhr, sondern von 6,30 bis 21, 22, ja sogar bis 23 Uhr arbeiten mußte. Sie ist Mutter und soll täglich auch etwas Zeit für ihr Kind haben. Auch hier ist Sperrfrist verhängt worden. Der Ausschuss entscheidet: Sperrfrist wird auf vierzehn Tage beschränkt. Im übrigen: das muß ein feiner Arbeitgeber sein, dieser Bäckermeister Fern, bei dem das Mädchen in Stellung war. Es folgen drei Fälle, wo Jugendlichen die Unterstutzung verweigert wurde, da sie einen Lehrvertrag abgeschlossen haben sollten, zur Beratung. In zwei Fällen wurde dem Einspruch stattgegeben, da ein Lehrvertrag nicht bestand.

So geht es weiter — meist wird abgelehnt. Die Maschine arbeitet gut — 23 Einsprüche wurden „erledigt“. Die Erwerbslosen gehen nach stundenlangem Warten — man hatte alle 23 auf 15 Uhr bestellt — meist mit enttäuschten Gesichtern davon.

Erwerbslos! Fordert einen größeren Raum zu den Spruchauschussungen, damit ihr euch beteiligen könnt als Zuhörer und selbst die Spruchpraktiken in Augenschein nehmt.

Kämpft für die Beseitigung des W.W.G., des Verordnungsgebeges!

Hier mit einer wirklichen Arbeitslosenfürsorge!

Unhaltbare Zustände am Arbeitsamt in Beuthen

Auch in Beuthen wird eine Reservearmee unterhalten, welche aus über 4200 Köpfen besteht, und diese Armeen der Armen werden noch schlimmer behandelt als Kolonialvölk. Für diesen „Murmur der Menschheit“, den man in der freiesten Republik als eine räubische Herde betrachtet, hat man kein Verständnis. Es gibt zwar sogenannte Tiereschutzvereine in Deutschland, die sich der Tiere annehmen, aber ein erwerbsloser Prolet wird von der bürgerlichen Sippschaft noch schlimmer als ein Tier behandelt. So war es und ist es auch nur möglich in Beuthen.

Am 22. Dezember bedachte man die Erwerbslosen mit einer Beihilfe, und es erhielt so mancher gar nichts, mancher 4, 8 oder auch 12 Mark, und solche, die über ein halbes Waisenhaus verfügen, erhielten 20 bis 30 Mark. Doch sollte den Erwerbslosen der Appetit nach einer weiteren Beihilfe für immer vergehen, denn um 9 Uhr begann man mit der Auszahlung an einem Tisch. Als man sah, daß Tausende im stärksten Frost im Freien vor der Baracke auf die Beihilfe warteten, wurde Verstärkung im Schalo mit Gummihüpfel angerufen, die jedenfalls eine Beihilfe mit dem Gummihüpfel auszahlen sollte. Aber die Auszahlung,

bei der sich herzzerreißende Szenen abspielten, ging nicht schneller, sondern langsamer. Man nahm sogar keine Rücksicht auf Frauen, die kurz vor der Niederkunft standen und ohnmächtig zusammenbrachen. Nein! Es wurde noch langsamer gehalten. Wer um 9 Uhr erschien, der konnte keine Geld um 19 Uhr erhalten, das heißt, wenn er Glück hatte, denn ein großer Teil hat trotz dieses Wartens doch kein Geld erhalten.

Ein trauriges Kapitel für die Zahlstage, an denen die Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird, denn da läßt man die Reservearmee

auch im größten Frost bis drei Stunden im Freien warten. Wenn die Erwerbslosen auch Schuhe besitzen, so gehen die meisten doch auf „preußischem Boden“, und durch diese Schlangen soll die Auswanderung nach dem Friedhof beschleunigt werden.

Ebenso stehen die Dinge an den Stempeltagen; denn wenn die Stempelfrist um 9 Uhr angelegt ist, so bemüht sich der Herr Beamte zu diesem Geschäft erst eine halbe Stunde später. Die Proleten im Stuhltragen wissen nicht, was ihnen noch alles bevorsteht. Daß auch sie eines schönen Tages mit der Stempelfarte zur Polonaise antreten könnten, daran denken sie nicht.

Ferner ist man auf dem Arbeitsamt in Beuthen im Zeichen der fortschreitenden Kultur noch nicht zu der Einsicht gekommen, daß die Errichtung einer Bedürfnisanstalt von größter Wichtigkeit ist. Die Mäder und Morastprobleger spuden Bliz und Feuer gegen Familienbäder, kurze Röcke, armeelose Kleider, tiefe Brustauschnitte, weil dadurch die Moral gefährdet werden könnte. Wenn aber Erwerbslose beiderlei Geschlechts am Arbeitsamt stundenlang und manchmal sogar den ganzen Tag hindurch warten, und ihre Notdurft an Säunen und Baracken verrichten, und außerdem von allen vier Himmelsrichtungen von Kindern und Erwachsenen beobachtet werden, dadurch werden wahrscheinlich Sitte, Anstand, Moral und Hygiene gehoben. So etwas ist nur denkbar in einer Stadt, deren Oberhaupt nach Rom, zum Papst pilgert.

Und nun, Erwerbslose von Beuthen, wie lange laßt ihr euch verhöhnen und provozieren?

Darum hinein in die Kommunistische Partei Deutschlands, und werdet Leser der „Arbeiter-Zeitung“, wenn ihr noch bessere Tage erleben wollt!

Gleiwitz

Christliche Nächstenliebe.

(Dorttorrethondenz)

Wieviele junge Arbeitsträger liegen auf der Straße und sind gezwungen, zu feiern, auf der anderen Seite sind alte Leute gezwungen, zu arbeiten, um nicht zu verhungern. In unserer Gemeinde ist eine 70 Jahre alte Frau mit Aufräumungsarbeiten in der Schule tätig. Diese alte Frau muß die schwersten Arbeiten, wie Kohle nach den Klassenzimmern schleppen usw., verrichten, und erhält dafür den fürstlichen Lohn von monatlich 15 Mark. Außerdem erhält die Frau eine Armenunterstützung von 8 Mark monatlich. Zur Krankenkasse hatte man die Frau nicht angemeldet, gleichfalls nicht bei der Invalidenversicherung. Die Frau, die jetzt krank ist, mußte sich einen Krankenschein vom Kreiswohlfahrtsamt aus Gleiwitz holen lassen. Der Arzt hat 80 Prozent Erwerbsunfähigkeit festgestellt. Trotzdem ist man an die Frau herangegangen, daß sie wieder zur Arbeit kommen möchte. Dies Ansuchen an eine so alte Frau ist eine Frechheit und zeigt das wahre „soziale“ Herz dieser christlichen Brüder in der Gemeinde. In der Armenkommission, in der man der Frau die acht Mark Unterstützung zubilligte, ist der Ortspfarrer Mitglied. P. S. u. L. Teufel mit solch einer Nächstenliebe! Früher hatte man die große Unterstützung von acht Mark in der Gemeinde ausgezahlt, jetzt muß die alte Frau das Geld in Gleiwitz abholen.

Dieser Fall illustriert die Zustände auf dem Dorfe, wo die Benfumsbrüder herrschen. Darum, Werttätige auf dem Lande, sorgt dafür, daß bei den nächsten Gemeindevahlen diese schwarze Brut zum Teufel gejagt wird.

Hindenburg

Wie man mit den Erwerbslosen verfährt!

A. K. Trotz der Anpreisung der Witzhagen an den Zahltagen, hat der Arbeitsamtsdirektor Karger noch nichts zu ihrer vollständigen Beseitigung unternommen. Trotzdem die Zahlung jetzt buchhalterweise erfolgt, spielen sich erschreckende Szenen ab. Die Arbeitslosen müssen im Garten des „Schwarzen Adlers“, auf der Dorohöhenstraße stundenlang warten, bis jeder an die Reihe kommt, anzugehört zu werden. Jetzt, bei der fühlbaren Kälte, ungenügend bekleidet, ist dieser Zustand ein Skandal. Jeder versucht, schnell dranzukommen, und so entsteht ein Gedränge, daß Leute vor Schmerzen aufschreien. Die Sappo soll dort den Verkehr regeln. Würde man lieber den Plektschen Saal nehmen, dann wäre diesen Sanjuzhänden bald ein Ende bereitet. Warum man aus dem vorerwähnten Saale die Zahlung verlegt, ist uns unerklärlich. Man spricht sogar davon, daß dieser kleine Hofraum noch mehr Kiste kostet.

Der Sozialdemokrat Karger schert sich einen T... um die tabulale Veränderung dieses Zustandes. Arbeitslose, tretet gegen eine solche Behandlung entschlossen auf!

Von Büro zu Büro wird man geschleppt.

Ein Erwerbsloser schreibt uns: Als ich am 31. Januar vorunters auf dem ständigen Arbeitsamt vorprach und um eine Be-

schneidung, die die Allgemeine Ortskrankenkasse forderte, ersuchte, wollte man mich mit der Begründung, man habe heute keine Zeit, abweisen. Erst auf mein energisches Auftreten nahm mich Herr Wislupel nach dem zuständigen Zimmer und ordnete an, daß man mir die Bescheinigung geben solle. Jetzt schleppte man mich in ein anderes Zimmer, da ich der Sonderfürsorge zugeteilt worden bin. In diesem Zimmer hatten die Herren auch keine Zeit, und als ich wiederum ein anderes Büro aufsuchen mußte, wurde mir dort erklärt, daß die Akten der Ermittlungsbeamten bei sich trage und zurzeit unterwegs sei.

Diese Behandlung, die man auf dem Arbeitsamt erfährt, ist haarsträubend. Da ich energisch auftrat, wurde mir zum Schluß erklärt, daß ich bald Arbeit bekommen werde. Warum dies? Als Antwort darauf, daß ich mein Recht suchte. Man wird mich so bald wie nur irgend möglich, zur Arbeit schicken, ohne zu fragen, ob ich diese Arbeit verrichten kann. Dies ist weiter nichts als eine Schikane. Herr Sozialdemokrat Karger, Leiter des Arbeitsamtes, was haben Sie hierzu zu sagen?

Ziegenhals

Empörung unter den Saisonarbeitern.

Helle Empörung herrscht unter den Saisonarbeitern, meist sind es tschechoslowakische Staatsangehörige, die hier arbeiteten, weil sie nach den neuesten Bestimmungen der Sonderfürsorge in die Prüflingsfürsorge nicht aufgenommen werden. Sie erhalten keinen Pfennig Unterstützung mehr.

Das sind die Segnungen der Wiffelschen Verordnung.

Patschkau

Mehr Milch!

In sämtlichen öffentlichen Gebäuden im Reich sowie auch in Patschkau (Rathaus), steht man Plakate mit obiger Aufschrift. Für wen ist der Wahnwitz: Trinkt mehr Milch! Nur für die besitzende Klasse, denn die Arbeiter können bei den niedrigen Löhnen und Unterstützungen nicht einmal für ihre Kinder Milch kaufen. Wie überall, so befindet sich in Patschkau auch im Wohlfahrtsamt, welches Milchkarten ausgibt, dieses Plakat. Daß die Ausgabe aber nicht mehr geschieht, dafür hat der Magistrat gesorgt. Selbst wenn ein Arbeiter krankes Kind zu Hause hat und der Arzt als Stärkungsmittel Milch verschreibt, hält es der Magistrat nicht für notwendig, Mittel dafür zu bewilligen. Wir ersuchen den Magistrat, diese Plakate aus dem Rathaus zu entfernen, da man aus den Plakaten nur eine Verhöhnung der Arbeiter erfährt. Für die kranken Kinder hat der Staat nur 400 000 Mark übrig, für einen englischen Dichtersang aber 750 000 Mark. Die Stadt Patschkau läßt ihr Geld nur dahin fließen, wo schon genug ist. Für die Weiblichen und ihre Kinder ist nichts da. Deshalb schließt die Reihen zusammen und schmeißt aus den Sowjetstaat, in dem wir die Wohlheit haben, daß unsere Kinder nicht verhungern.

Arbeitende Bevölkerung! Bekleidet bei anderen Genossen für die Sonntagsummer Zeitungen, darin erhebet: „Bolschewik“, „Bolschewik“ und selbst in Patschkau!

Die „Roten Roten“ Berlin

(Revolutionäre Spielgruppe des Roten Frontkämpferbundes)

kommen nach Oberschlesien und spielen

am 17. Februar 1930 Uhr in G. e. i. m. i. h. im Lokal „Der Jahreszeiten“

am 18. Februar 1930 Uhr in G. e. i. m. i. h. im Lokal „Muschel-Gesellschaft“, Hindenburgstraße 10.

Arbeiter! Klassenkämpfer! Kameraden!

erschließt in Massen, und macht diese Veranstaltungen gleichgültig zu Massenveranstaltungen gegen eure Ausbeuter!

Oppeln

Niederlage der Reformisten im Baugewerksbund

Einmütig gegen die Saisonarbeiterfürsorge.

In der am 31. Januar abgehaltenen Bauarbeiterversammlung erließen die Reformisten eine gründliche Abfuhr. Man beschäftigte sich mit der Frage der beruflichen Arbeitslosigkeit (Saisonarbeiterfürsorge), und am Schluß wurden die Delegierten zur Delegiertenversammlung gewählt. Kollege Schlafer referierte über das Arbeitslosenversicherungsgesetz und die Saisonarbeiterfürsorge. Die Kollegen, die in der Diskussion auftraten, sprachen sich restlos gegen das Gesetz und die neue Verordnung von Wissell aus. Die von der Opposition eingebrachte Resolution, in der man gegen die Schandverordnung von Wissell, dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister, den schärfsten Protest erhebt und die Beseitigung fordert, wurde einstimmig angenommen.

Nun folgte die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. Gewählt wurden drei Maurer und drei Bauhilfsarbeiter, die restlos der Opposition angehören. Die Wahl voll oppositionellen Kollegen zeigt wiederum, daß das Vertrauen zur Opposition unter der freigewerkschaftlichen Mitgliedschaft wächst.

Kollegen im Baugewerksbund! Keine Stimme den Reformisten auf der Generalversammlung. Kein anderer ist es als Wissell, der die Saisonarbeiterfürsorge, die die völlige Beseitigung der Boutergeoffie fand, schuf. Die SPD und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie tritt auf als Beschützer des Erwerbslosenversicherungsgesetzes und der Wiffelschen Schandverordnung. Gebt diesen Beuten den verdienten Fußtritt. Stärkt die Opposition im Kampfe gegen Unternehmertum und Reformismus. Es lebe der Massenkampf im Baugewerksbund!

Unterständiger Angriff der Zementbarone

In den Zementbetrieben wurde folgende Bekanntmachung

plakatiert:

„Am Montag, den 4. Februar dieses Jahres, wird das Dreischichtensystem für die durchlaufenden Betriebsabteilungen eingeführt. Die Wechsellagen fallen also in die Zeiten von 6-14, 14-22 und 22-6 Uhr. Es wird ohne Pause durchgearbeitet. Für die übrigen Arbeitsstelle wird von § 2 Absatz 4 des Gewerkschaftsvertrages gemäß § 5 Absatz 1 des Arbeitszeitgesetzes vom 14. 4. 27 Gebrauch gemacht, wonach nach Bedarf überarbeitet bis zu einer Stunde von der Betriebsleitung angeordnet werden kann. Hiernach haben also sämtliche Arbeiter täglich neun Stunden zu arbeiten, und zwar liegt deren Arbeitszeit wie folgt: Von 6,30 bis 8,30 Uhr, von 9-12 Uhr, von 13-15,30 Uhr, von 16-17,30 Uhr. Sonnabends liegt die Arbeitszeit für Arbeiterinnen und Jugendliche von 6,30-8,30 Uhr, von 9-12 Uhr, von 13-16 Uhr. Die Arbeitszeit für Handwerker liegt wie folgt: Von 6,30-8,30 Uhr, von 9-13,30 Uhr.“

Diese Bekanntmachung der Zementbarone, die erst vor kurzem 300 Arbeiter auf die Straße geworfen haben, stellt in ihrer Verlogenheit erst theoretisch das Dreischichtensystem und die achtstündige Arbeitszeit fest, und schreibt wenige Zeilen später, daß praktisch jeder Arbeiter neun Stunden arbeiten muß. Bei den vielen Pausen muß der Arbeiter 11 Stunden im Betriebe zubringen. Dabei ist die Bezahlung unter aller Kanone. Trotzdem sind die Arbeitssuchenden alle Tage am Tore zu sehen. Die riesige Arbeitslosigkeit treibt die Arbeiter, auch unter den schlechtesten Bedingungen Arbeit anzunehmen.

Für die Zementarbeiter gibt es keinen anderen Weg, als sich in der Gewerkschaft restlos zu organisieren und unter Führung der Kommunisten bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zu erkämpfen.

Lenin-Liebnecht-Luzemburg-Rundgebung

Besser konnte man dem Bedenken Lenins, Liebnechts und Rosa Luxemburgs nicht gerecht werden, als daß man die „Internationale“ zur Vorführung brachte. Gerade in diesem Stück zeigt sich die jämmerliche Rolle der Sozialdemokratie in den Augusttagen von 1914 deutlich. Besand doch gerade die Lebensaufgabe der drei Genossen, deren Bedenken die Veranstaltung galt, darin, den Kampf gegen die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie schon in den Jahren vor dem Kriege zu führen.

Der Besuch, besonders der Nachmittagsvorstellung, konnte nicht besser sein, die unterständigen Kulte wird manchen zurückgehalten haben. Wenig waren alle Sitzplätze besetzt, und die anwesenden Frauen und Männer folgten mit großem Interesse dem etwa zweieinhalb Stunden andauernden Vortratt. Man sah unter den Spielern einige neue Gesichter, die mitunter gewiß zum Teil das erste Mal auf der Bühne waren und sich ihrer Aufgabe sehr gut entledigten. Jung Spartakus lenkte durch eine Szene „Gangriff auf Berlin“, von Erich Wehnert, die Aufmerksamkeit auf den kommenden Krieg, der an Grausamkeit alles Auszubende noch übertreffen wird.

Es kann nur gewünscht werden, daß derartige politisch aufklärende Veranstaltungen recht oft stattfinden.

Das Zentrum trennt die Toten

Das Zentrum will die Trennung der Menschen nach Konfessionen nicht nur im Leben, sondern auch nach dem Tode fortführen. So plant man, auf dem neuen Friedhof in Halbenborn die Toten nach Konfessionen getrennt auf verschiedenen Plätzen zu beerdigen. Dieser Plan muß mit aller Schärfe angeprangert werden. Gelingt es dem Zentrum tatsächlich, den Plan durchzuführen, so ist der Kommunalfriedhof durch diese Quartierbereiten praktisch wieder abgeblasst.

Die Stadtverordnetenversammlung wird sich mit diesem Vorstoß noch zu beschäftigen haben und hoffentlich dem Zentrum einen Strich durch die Rechnung machen.

Freie Turnerschaft Oppeln G. V.

Obiger Verein veranstaltet am Sonnabend, dem 9. Februar, im Saale des Herrn Lutz, Oppeln III, sein Winterfest. Es wird besetzt sein, alle Leser der „Arbeiter-Zeitung“ nebst weiteren Angehörigen ergebenst einzuladen. Anfang 12 Uhr, autoverbindung von allen Plätzen.

Hefige Spannungen in der SPD. Oberschlesien

Die Arbeiter gegen das Wehrprogramm, die Führer dafür

V. L. Gegenwärtig findet in der Sozialdemokratischen Partei die Diskussion über das Wehrprogramm statt, das aus dem Magdeburger Parteitag angenommen werden soll. Die Berichte über den Verlauf der Diskussion der SPD-Blätter aus dem ganzen Reich lassen erkennen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter mit dem Panzerkreuzer, der ja nur der sichtbare Ausdruck der Unterstützung der imperialistischen Politik der Bourgeoisie durch die SPD ist, nicht einverstanden sind und dagegen rebellieren.

Auch die sozialdemokratischen Arbeiter in Oberschlesien sind Gegner dieses Kurses. Die stuppelose Journalistik der Kolz und Genossen im Hindenburg-Volksblatt" sorgt freilich dafür, daß die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter in den Spalten des "Volksblattes" unterdrückt wird. Im "Volksblatt" herrscht nur die Meinung des SPD-Vorstandes, die durch Kolz verfochten wird. Wie stark aber die Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter auch in Oberschlesien gegen die SPD-Führer ist, erhellt die Tatsache, daß Kolz im "Volksblatt" vom 2. Februar gegeben muß, daß in "zahlreichen Besprechungen", teilweise heftige Spannungen zwischen dieser Grundbeziehung (Wohnung sozialistischer Ideen und Gedanken) und dem im Wehrprogramm zwar nicht betonten, aber immerhin festgehaltenen Gedanken einer positiven Bejahung der Reichswehr" entstehen.

Die Parteibürokratie bemüht sich mit den schiefsten Methoden, die Massenstimmung in der SPD gegen die imperialistische Politik des Parteivorstandes niederzutampeln. Der Bezirkssekretär der SPD, Gawellek, erklärt in einem Artikel des "Volksblattes", daß "alle diejenigen, die ein Wehrprogramm ablehnen, befürchten, daß es bei dem alten Zustand der Unsicherheit verbleiben soll, daß die jeweils notwendigen Entscheidungen den führenden Politikern überlassen bleiben", die man dann aber nicht für eventuelle Fehler verantwortlich machen könne. Denn die Partei habe sich ja dann durch die Ablehnung des Wehrprogramms "der Mitbestimmung in dieser Frage begeben". "Der Panzerkreuzerlionsfitt", so erklärt Gawellek, "wäre der Partei erspart worden, wenn über das Wehrproblem vorher bereits die Partei Klarheit geschaffen hätte". Um derartige "Konflikte" für die Zukunft zu vermeiden, deshalb fordert eben Gawellek nicht nur die Annahme des Wehrprogramms durch den Parteitag, sondern auch die zustimmende Entscheidung der SPD-Mitglieder im voraus für alle Schultigkeiten des SPD-Vorstandes. Diejenigen SPD-Arbeiter aber, die Gegner des Wehrprogramms sind und damit der imperialistischen Politik der SPD sind, werden von Gawellek insamiert, indem er ihnen vorwirft, daß sie "nicht die Courage aufbringen, ihre eigene Meinung kundzutun".

Man kann verstehen, daß angesichts solcher Methoden der SPD-Gawellek informiert, indem er ihnen vorwirft, daß sie Politik zu sichern, "Spannungen" entstehen. Diese "Spannungen" sind es dann wohl auch, die die SPD-Bürokratie in Oberschlesien veranlaßt hat, die zwei Delegierten zum Parteitag in Magdeburg durch Urwahl wählen zu lassen. Die Herrschaften wollen sich schon jetzt ein Bild für ihre zukünftige imperialistische Politik verschaffen. Dazu dient der Parteitag, und die SPD-Bürokratie wird nicht verschehen, später zu betonen, daß ja der Magdeburger Parteitag, zu dem die Mitglieder der Delegierten gewählt haben, diesen Kurs festgelegt hat. Womit dann die Führer entlastet und Müller, Seering, Gifferting und Wissel in Zukunft ungehindert Panzerkreuzer bauen und Millionen für Reichswehr und andere Kriegsausgaben ausgeben können im Einverständnis und im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei.

Zur Urwahl, die am Sonntag, dem 3. Februar, stattgefunden hat, waren in Oberschlesien im ganzen sechs Kandidaten aufgestellt worden, während nur zwei Delegierte in Frage kommen. Interessant ist, daß unter den sechs aufgestellten Kandidaten sich kein einziger Arbeiter befindet. Es kandidierten: Redakteur Julius Richter, Oppeln; Parteisekretär Kühn, Oppeln; Arbeitsamtsangestellter Kühn, Blümlenau; Parteisekretär Paschela, Neustadt; Kreisaußschußobersekretär Beier, Leobjühz; Gewerkschaftssekretär Klamisch, Grottkau.

Diese sechs Kandidaten nahmen im "Volksblatt" zum Wehrprogramm Stellung, "um", wie die "Volksblatt"-Redaktion sagt, "den zwei Kandidaten wählenden Parteimitgliedern ihre Aufgabe zu erleichtern".

Die schreibenden Kandidaten haben ihre Aufsätze zweifellos unter dem Druck der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter mehr oder weniger "links" geschrieben. Interessant ist, daß der Gewerkschaftssekretär Klamisch-Grottkau, der wohl von allen angeführten Kandidaten am unmittelbarsten mit den Arbeitern in Berührung ist, am "linksten" schreibt. Er fordert kategorisch:

1. Auflösung der Reichswehr und des Reichswehrministeriums.
2. Verringerung und Abbau der Reichsmarine.
3. Eventual: Wesentliche Verringerung der Reichswehr und ihre Unterstellung als Grenzpolizei- und polizeiliche Verwaltungsbeförderung.

"Kämpfen wir", so fügt er hinzu, "für härteren Sozialismus, setzen wir unsere Ideen in die Tat um, und wir werden uns in neuen Staatsgestaltung und Achtung verschaffen".

Diese Phrase ist übrigens auch bei den Befürwortern des Wehrprogramms zu lesen. So schreibt zum Beispiel der Parteisekretär Paschela-Neustadt, der dem Kommissionsentwurf des Wehrprogramms zustimmt:

"Wenn es uns in den nächsten Jahren gelingen wird, in der gesamten Welt unsere Ideen als Pazifisten in die Tat umzusetzen sowie dem deutschen Volke den Beweis zu erbringen, daß unsere Aufgabe darin besteht, die heutige Staatsform mit sozialem Geist zu durchdringen, damit auch die unteren Schichten diesen Staat bejahen können, dann wird das Vertrauen zur Partei

wachsen. Diese Stärke wird uns die Macht geben, eines Tages sagen zu können: Für die jetzige Staatsform brauchen wir keine Wehrmacht mehr, denn das deutsche Volk läßt sich seine Erzeugnisse von keinem mehr rauben, ganz gleich, wer es auch ist."

Der Vollständigkeit halber wollen wir noch anführen, daß auch die anderen Kandidaten das Wehrprogramm nicht ablehnen, sondern sich darauf beschränken, eine Reform der Reichswehr zu fordern. Die Kasernierung der Reichswehr soll aufgehoben werden, und ebenso die Verpflichtung zum Tragen der Uniform außer Dienst. Das wird, so erklären die "Reformer", dazu beitragen, daß der "Landbesitz" aus der Reichswehr verschwindet.

Am klarsten von allen diesen "Halbinten" formuliert der Parteisekretär Kühn-Oppeln seine prinzipielle Stellungnahme, indem er ausführt:

"Daß die Frage Sozialdemokratie und Wehrproblem aufs engste verknüpft ist mit der Stellung der Sozialdemokratie zum heutigen Staat. Da unsere Einstellung zum heutigen Staat nach der Revolution auf den einzelnen Parteilagen in der Richtung festgelegt ist, daß wir uns an der verantwortlichen Leitung beteiligen, um so Schritt für Schritt die Macht im Staate zu erlangen, so müssen wir meiner Ansicht nach diesem Staate die Wehr geben, die er zu seiner Erhaltung braucht."

Natürlich fordert auch dieser "Halbinte" "Reform der Reichswehr" in dem Sinne, wie schon oben angedeutet.

In der Tat, die Stellung der Sozialdemokratie zum Staate, das heißt zu der kapitalistischen Republik, das ist die entscheidende Frage. Und sie wird von allen, auch von dem "linken" Gewerkschaftssekretär Klamisch in dem gleichen Sinne bejaht wie von dem "rechten" Parteisekretär Gawellek und dem "Halbinten" Kühn.

Und da Klamisch wie die anderen Kandidaten den Staat, das heißt die kapitalistische Republik, bejaht, so kommt er nach einem "radikalen" Anlauf, wo er die Auflösung der Reichswehr fordert, zu dem schon wesentlich beschriebeneren Vorschlag, die Reichswehr in eine Grenzpolizei- und polizeiliche Verwaltungsbeförderung umzuwandeln.

Es genügt wohl, um den Charakter der ganzen Diskussion in der Wehrfrage in der SPD zu entziffern, summarisch darauf hinzuweisen, daß sämtliche Artikelreiber sich nur mit der Reichswehr beschäftigen, es aber ängstlich vermeiden, auf die aktuellen Fragen der Kriegsrückungen der deutschen Bourgeoisie, die sich keineswegs nur auf den Ausbau der Reichswehr erstrecken, einzugehen und die Politik der deutschen Bourgeoisie und ihres Staates einer eingehenden Kritik zu unterziehen.

Freilich ist diese Oberflächlichkeit eine gewollte, denn nur so können die "linken" Schwächer hoffen, den Arbeitern in der Sozialdemokratischen Partei Honig ums Maul zu schmieren und sie von den wirklichen und grundlegenden Fragen, in denen sie mit dem Parteivorstand an einem Strang ziehen, abzulenken.

Wir werden, um den sozialdemokratischen Arbeitern diese Befenscheinheit zwischen "links" und "rechts" klarzumachen, uns in einem weiteren Artikel mit der Wehrdiskussion in der SPD in Oberschlesien beschäftigen.

Unruhe meine Roman

Die Zeitschrift "Die Neue Erziehung", 10. Jahrgang, Heft 12, Dezember 1928, schreibt:

... Hier murt es erst im Kellergeschoß. Anderswo aber brach es aus und ward niedergeschlagen und getnebelt. Im Greifenverlag Rudolfsstadt erschien von Karl Grünberg

„Brennende Ruhr“

Roman aus dem Kapp-Putsch.

Mit einem Vorwort von R. Becher. 520 Mark. Das greift ganz anders ans Herz (als Einclairs Roman): deutsches Leid und echte Wirklichkeit, die wir unmittelbar fühlen. Die Unruhen — Streit! — und Kämpfe vor dem, während des, nach dem Kapp-Putsch. Ein Student muß Kumpel werden, schwankt zwischen Frememörder- und Arbeiterideen hin und her und wird — fast ohne Wahl — schließlich ein Unterführer der "Roten Armee", deren 14 Tage Herrlichkeit, Schmach und Untergang uns im Tun und Erleiden einer Menschengruppe grauenhaft lebendig werden.

Grünberg ist nicht zimperlich. Aber man hat keinen Augenblick die Heberzeugung, daß er übertriebt. Und man erinnert sich mit einem Male an das schmachvolle Ende der Kapp-Verrückung, an die eigene Empörung gegenüber der Mädelerei der Liquidatoren, die den Generalen "stauben" (ob sie es taten?), weil es ihnen an Charakterkraft fehlte! Wie man diesen Roman — er ist in der Form keine große Literatur — bewußt oder in gemollter Blindheit — verraten wurde. Gewiß, es ist kommunistische Dichtung, aber — es bleibt ein juristischer Rest von realer Bestialität des Geschehens, wenn man das ehlich abzieht. Es — wie es versucht wurde, bleibt es eine Schande.

Grünberg ist der kraftvolle Epiker dieses gigantischen Geschehens in seiner jammervollen Schönheit, in seinem kindhaften Glauben. Das Buch verdient das Gelesenwerden. Und treibt in den Prof. Dr. Paul Desterreich.

Umfall der Sozialdemokraten

(Fig. Ber.) Berlin, 5. Februar.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags erledigte in seiner Sitzung vom Dienstag die Beratungen der Richtlinien über Arbeitsgemeinschaften in der Gesundheitsfürsorge.

In der Schlußabstimmung stimmten nur die Kommunisten dagegen. Die Sozialdemokraten stimmten dafür, trotzdem sie noch in voriger Woche erklärt hatten, daß sie ihre Zustimmung zu den Richtlinien von der Annahme ihres Antrags abhängig machen würden, der eine Sicherung schaffen sollte, daß die private Wohlfahrt von der Geschäftsführung in den Arbeitsgemeinschaften ausgeschlossen wird. Nachdem ihr Antrag abgelehnt war, hatten sie ausdrücklich Vertagung verlangt, um der Fraktion Gelegenheit zu geben, Stellung zu nehmen. Der Umfall der Sozialdemokraten wurde vom Zentrum, das vor den Sozialdemokraten die Drohung ausgesprochen hatte, für den Fall der Annahme des sozialdemokratischen Antrages, gegen die Richtlinien zu stimmen, schmunzelnd zur Kenntnis genommen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für "Betrieb und Vertrieb" und "Waldenburg" Wilhelm Wetmahl, für "Breslau", "Ostlich" und die übrigen Verlagen Arthur Dombrowski, sämtlich in Breslau. — Für den ober-schlesischen Teil Georg Paris in Hindenburg. — Für Inserate B. Werber-Breslau.

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
 Von Sonnabend, den 2. 2. bis Sonnabend, den 9. 2. täglich 20.15 Uhr
 Neuinszenierung anlässlich Lesings 200. Geburtstages Minna von Barheim

Thalia-Theater
 Von Sonnabend, den 2. 2. bis Sonnabend, den 9. 2. täglich 20.15 Uhr
 Neuinszenierung anlässlich Lesings 200. Geburtstages Nathan der Weise

Kaufhaus Goldnes Zentor
 Breslau, Klosterstraße 47
 Kurz-, Weiß- und Wollwaren
 Wäsche, Strümpfe
 Trikotasen — Herren-Artikel

Leder — Schäfte — Bedarfs-Artikel
Lederhandlung
 Max Wallasch, Frankfurter Str. 122

Schuh-waren
 kaufen Sie gut und preiswert bei
J. Koschany
 Liegnitz Haynauer Straße 8

Lederhandlung
Simon Sachs
 Hirschberg i. Riesengeb. Täglich frischer Leder-Ausschnitt

Schauspielhaus
 Operettenbühne
 Breslau Reichbahn Nr. 36300
 Täglich 20 Uhr
Die Männer der Menon
 Lediglich elegante
Grad
 u. Gebrod-Artige
 Herrn. Mohaupt
 nur Sachsstraße 11.
 Ede-Schneiderei.
 Telefon 57082

Stadt-Theater Breslau
 (Opernhaus)
 Donnerstag, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie F 12
Wida
 Freitag, 19.30 Uhr
 Gastspiel C. A. Neumann
 Stadttheater Leipzig
Das Giesental
 Sonnabend, 20 Uhr
Zesta
 Sonntag, 15.30 Uhr
 Auchm-Vorstellung zu ermäß. Preis. (Gr. 2)
Das Hühnchen
 Sonntag, 20 Uhr
Die Fiebermaus
Masken
 und Theater-Kostüme
 von u. probieren — verleiht billigst
 Grotz & Spethmann
 I. Waring Breslau, Messerstraße 54
 Telefon 21644

Möbel
 Küchen, komplett, 7-teilig
 Schränke, poliert, 2-türig
 Ausziehtische, polierte Stühle
 Preisw. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
 Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Auslegematr. u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel
Biener & Dührig
 Spha. u. Möbel / ca. detail, ca. gros
 Marktstr. 107 u. Weinbergsweg 107a

Genossenschaft
 25 und 40 Mark
 rote Julets
 verkauft
 Lehnhaus, Delsner Str. 17
Werbt
 neue Leser!

Tassilo Krienke
 Zigarren-Spezialhaus
 Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

Heringe 18 Pf. 4
 5 Pfund nur 85 4
 Seelachs ohne Kopf 32 4
 Kabeljau " 36 4
 Goldbarsch " 36 4
 Schellfisch " 40 4
 Koteletts 70 4
 Ferner: Makrelenbücklinge
 1/2 Pfund nur 10 4
 Salzschoffen, fett und zart
 Stück 8 10 12 4
 10 Stück 75 95 110 4

Nordsee
 Breslauer
 Filchballen
 Bohrer Str. 2 — Schmiedeböcke 19 u. 58
 Neue Schmiedeböcke Straße 16
 Andorranstraße 2 — Gröbchen Str. 6

Schuh-waren
 kaufen Sie gut und preiswert bei
J. Koschany
 Liegnitz Haynauer Straße 8

Schuh-waren
 kaufen Sie gut und preiswert bei
H. Bruhn
 Schweidnitz Markt 22

Gustav Künzel
 Kaufung a. d. Katzbach
 Kolonial- und Gemischtwaren

Oswald Niederlein Nachfolger
 Inh. Oskar Dietrich
 Schmiedeböcke Reg.
 Futtermittel, Kolonialwaren
Infurwen
 haben in unserer
 Zeitung
besten Erfolg